

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 3.00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Kulturlicher Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk. für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeichnete Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Nachts über 11 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983. **Dienstag, den 13. März 1906.** Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die erste Lesung der österreichischen Wahlreform.

Aus Wien wird und geschrieben:
 Unter ganz ungewöhnlichem Andrang der Abgeordneten hat das Parlament am letzten Mittwoch die erste Lesung der Wahlreform begonnen. Zum Worte sind nicht weniger als 214 Redner vorgemerkt, 104 gegen und 110 für die Vorlage. Doch ist es ausgeschlossen, daß etwa alle Gemeldeten zum Worte kommen oder auch nur die Absicht haben, das Wort zu ergreifen; denn da im österreichischen Abgeordnetenhause nicht die Reihenfolge der Meldung entscheidet, sondern aus den Vorgesetzten die Reihenfolge herausgelöst wird, (was wegen der großen Zahl der Parteien nötig ist) so melden sich eben ganze Parteien zum Wort, um sich einen günstigen Platz zu sichern, der dann für den eigentlichen Fraktionsredner getauscht wird. Immerhin kann die Debatte, die bereits vier Tage in Anspruch genommen hat, noch eine ganze Woche dauern; es spielen bei der Reform eben auch sehr viele lokale Interessen mit.

Soweit die bisherigen Reden ein Urteil zulassen, darf gesagt werden, daß die Reform prinzipielle Gegner überhaupt nicht mehr findet und daß, wenn die nationale Frage der Wahlreform nicht wäre, die Frage nämlich: wie die politische Macht zwischen den acht Nationen ausgemessen werden soll, daß dann die Vorlage einer überwältigenden Mehrheit sicher wäre. Dem Bürgertum wird sie überhaupt nicht mehr belämpft; es hat endlich begriffen, daß bei der Reform — trotz aller Nebenbedingungen der zu erwartenden sozialdemokratischen Erfolge — die eigentlichen Gewinner die bürgerlichen Klassen aller Nationen sein werden. Das Zentrum der Gegnerschaft ist also der Großgrundbesitz, der Adel, der durch die Reform allerdings mehr oder minder aus dem Abgeordnetenhause ausgeschlossen wird. Die 85 Abgeordneten, die der Großgrundbesitz durch seine Kurie ins Parlament entsendet, bilden freilich keine einheitliche, geschlossene Partei; sie sind in die nationalen Gruppen eingeprengt und beeinflussen sie dadurch — was den Kampf gegen diese beträchtlich erschwert.

Den eigentlichen deutschen Grundbesitz bilden die sogenannten „verfassungstreuen“ Großgrundbesitzer, (den Namen tragen sie aus der Zeit, da die „Verfassung“, welche das Zentralparlament begründete, von den Föderalisten belämpft wurde) für die am ersten Tage (letzten Mittwoch) ihr intelligentester Kopf, der Tiroler Grabmayer, den Kampf eröffnete. Aber da die österreichischen Junker „Moderne“ und „Bildung“ posieren und den Ruhmestitel, „anständige Menschen“ zu sein, recht hoch schätzen, so hatte selbst diese Gegnerschaft zivilisierte Formen; im Wesen empfahl Herr v. Grabmayer ein allgemeines „mäßig abgestuftes“ Wahlrecht, also offenbar irgend eine Bastardform der belgischen Pluralität, die — von allen politischen Möglichkeiten abgesehen — für Österreich schon deshalb unmöglich ist, weil die wirtschaftlichen Ungleichheiten seiner Gebiete völlig verschiedene Ergebnisse liefern würden. Jener Teil der Großgrundbesitzer, der durch seine Politik den Tischchen nahe liegt, nimmt die Deposition am wenigsten tragisch; diese Grafen und Fürsten fühlen sich in dem durch die fünfte Kurie „verpöbelten“ Abgeordnetenhause überhaupt nicht recht heimlich, scheinen sich also damit abgefunden zu haben; ins Herrenhaus verdammt zu werden; denn darauf wird die politische „Entrechnung“, die ihnen das allgemeine Wahlrecht bringt, zum Schlusse hinauslaufen. Uebrigens steckt in diesen Feudalen eine gewisse soziale Idee, die auch ihr Sprecher, der liberale Graf Sglauc-Zarouca nicht ganz verleugnet hat.

Am galligsten redete der Führer der polnischen Schlachta; trotz aller Emanzipationsversuche der polnischen Bauern beherrscht der Adel in Galizien noch so ziemlich das ganze Land, vergewaltigt das Bauernvolk, unterdrückt die Ruthenen und vereingt in eiserner Disziplin in seinem verachteten Kolo polskio (Polenklub) fast alle Abgeordneten des Landes. Der Polenklub handelt eigentlich ganz konsequent: Er hat noch jeder Wahlreform in Österreich sein eigentliches Wahlrecht gelehrt und verstanden sehen: daß das mit Blut und Lastern bedeckte Zentralwahlkomitee der Schlachta die Abgeordneten ernenn. Doch sind die polnischen Herren nicht nur Gewaltmenschen, sondern auch gute Geschäftsleute, und so ist es nicht ausgeschlossen, daß auch der Handel mit ihnen noch rechtzeitig in Ordnung kommt. Politisch verlangt Graf Dzedulzski (der nach dem Tode Jamarokis der Führer dieser Schlachta ist) noch 110 Mandate für Galizien — was sich von dem Angebot der Regierung (88 Mandate) allerdings noch recht weit entfernt.

Da die Wahlreform von der nationalen Frage so beherrscht wird, konnte auch Genosse Dr. Adler, der am Freitag zu Worte kam, an diesem für die Sozialdemokratie Österreichs so wichtigen Problem nicht vorübergehen. Seine Ausführungen trugen aber in die bisher recht ungeläuterte und vorzugsweise ideologisch angelegte Frage Klarheit und Bestimmtheit. Es wird auch deutsche Leser interessieren, was die Sozialdemokratie des Landes mit acht Nationen über ihr Verhältnis zum Staate und zur nationalen Frage ausführte. Adler sagte darüber:

„Die Sozialdemokratie ist die Vertreterin des Klasseninteresses des Proletariats. Dieses Klasseninteresse des Proletariats ist selbstverständlich nicht das einzige Interesse des Proletariats. Das Proletariat hat neben seinem Klasseninteresse auch andere Interessen. Jedes Proletariat gehört auch zu seinem Volke. Das Klasseninteresse der Proletariate aller Nationen ist ein identisches, so wie das Klasseninteresse der Reichen, der Kapitalisten aller Nationen den Arbeitern gegenüber ein völlig identisches ist. Wenn wir rufen: „Arbeiter aller Völker, vereinigt euch!“ — den Herren Kapitalisten braucht man es nicht zuzurufen; sie sind längst vereint, wo es gilt, ihre Klasseninteressen zu wahren, wo es gilt,

ihre wirtschaftlichen Interessen, die Grundlage ihrer Herrschaft gegenüber der Arbeiterklasse zu sichern.
 Aber als Arbeiterklasse haben wir es zunächst mit dem Staate zu tun. . . . Gewiß, wir haben ein Interesse am Staate, ein sehr großes Interesse, denn der Staat spielt eine doppelte Rolle. Der Staat, der Klassenstaat der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, ist erstens eine Herrschaftsmaschine für Sie, meine Herren, er ist die Maschine, durch die Sie die Ausbeutung regeln, das Bestehen der Machtverhältnisse sichern, die Ungefahrlichkeit sichern, mit der Sie Ihre Ausbeutungsgeschäft als Klasse betreiben. Aber, meine Herren, der Staat ist auch noch etwas anderes, der Staat ist eine Entwicklungsbedingung für den Kapitalismus überhaupt, der Staat ist unentbehrlich für die heutige Entwicklung der modernen Gesellschaft, und an der Entwicklung dieser modernen Gesellschaft, an der Entwicklung des Kapitalismus, an der vollen Entfaltung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die heute in der Bevölkerung kochen, daran hat die Arbeiterklasse ein allererstes Interesse. Wir können vom Klassenstaate zum Volksstaate nicht kommen, wenn sich der Klassenstaat nicht auflöst, nicht auflöst, wenn diese großartige wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus, wenn diese Weltwirtschaft, dieser Weltmarkt, aller dieser Reichtum sich nicht fortgesetzt hemmunglos entfalten kann. Der Kapitalismus züchtet die Millionäre, der Kapitalismus züchtet die Herrschaft dieser Magnaten; aber der Kapitalismus kann sich nicht entfalten — ich will das klassische Wort auch hier zitieren —, ohne daß er zugleich die Proletariate züchtet, seine Latengräber. Wir haben alles Interesse an seiner Entwicklung, somit am Staate.

Und wenn das Proletariat seine Zukunft einst in die Hand nehmen soll, so braucht es dazu die Fähigkeit, die physische, geistige und kulturelle Fähigkeit, und diese physische, geistige und kulturelle Entwicklung ist verknüpft mit der Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats. Die kann dem Kapitalismus, dem Klassenstaat nur abgerungen werden in einer Zeit der wirtschaftlichen Entwicklung, und darum wünschen wir diese wirtschaftliche Entwicklung, auch darum brauchen wir den Staat. Darum sind wir so unglücklich in diesem Österreich, weil wir in diesem österreichischen Staate zwar alle Lasten des Staates auf uns haben, alles vom Staate haben, was uns bedrückt, was uns beengt, hemmt, erstickt und unsere Entwicklung behindert, alle Schäden und Nachteile des Staates, aber nicht einen einzigen seiner Vorteile. Das ist der Unterschied zwischen diesem Staate und einem wirklich modernen Staate. Das ist der Unterschied zwischen dem Volksstaate Österreich und dem Deutschland, dessen politische Verhältnisse für uns wünschenswert sind, dessen Wohlstand des Volkes, soweit die Arbeiter in Betracht kommen, der aber doch wenigstens der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung ein notwendiges, ein wirksames Instrument darbietet.

Dem Staate geht es uns gegenüber so ähnlich, und da kommt es dazu, daß wir Sozialdemokraten eine „Regierungspartei“ genannt werden. . . . Meine Herren! Sie können ganz unbefangt sein, wir führen diese Regierung nur, so lange sie etwas Vernünftiges und Notwendiges tut, und das wird leider gar nicht lange dauern. (Lebhafte Heiterkeit.) Solange die Regierung für das Recht der Massen einzutreten, wahrheitslieblich sehr wider Ihren Willen verurteilt ist, so lange haben wir sie zu funktionsieren. Wenn sie wieder daran geht, der Masse Lasten aufzuerlegen: indirekte Steuern, Militärkosten, Profite, kleine Feindgaben für die einzelnen Schichten, die hier vertreten sind, dann, meine Herren, treten Sie Ihr Amt als Regierungspartei gewiß wieder an. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn das, was ich bis jetzt über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Staat gesagt habe, im großen und ganzen die Stellung ist, die das Proletariat überall, in allen Ländern, einnimmt, so hat hier in Österreich die Sozialdemokratie ein ganz besonderes Problem vor sich, ganz besondere Bedingungen, unter denen sie ihr Werk vollenden muß. Und wenn es anderswo genügt, das Ziel des Volksstaates aufzustellen, weil ein Staat und ein Volk da ist, so haben wir in Österreich das Problem zu lösen, nicht dem Volksstaate allein, sondern dem Völkerstaate zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind uns dieser Aufgabe bewußt, wie der Aufgabe, jedem einzelnen Volke die nationale, kulturelle, ihm eigentümliche Entwicklung zu sichern. Dieser einzigen nationalen Aufgabe widmet sich die Sozialdemokratie vollständig, die erkennen ist vollständig an. Wir können das auch tun. Denn wenn ich früher gesagt habe, neben den gemeinsamen proletarischen Interessen steht das nationale Interesse des Proletariats, wie auch für die anderen Klassen das Klasseninteresse und daneben ihr nationales Interesse steht, so ist doch in dem Wesen dieser Dinge zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum ein sehr großer Unterschied. Das Proletariat, das seinem Klasseninteresse folgt, kann überall zugleich das nationale Interesse wahren und voll wahren, weil nirgends das Klasseninteresse mit dem nationalen Interesse des Proletariats im Widerspruch steht (Zustimmung.) Das Proletariat anerkennt das nationale Interesse, aber es anerkennt kein nationales Herrschaftsinteresse.

Gewiß, auch wir sind nicht frei von den Schwierigkeiten, die das Zusammenleben verschiedener Nationen nebeneinander eben mit sich bringt. . . . Wir haben auch nationale Schwierigkeiten. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen aber ist der, daß das Proletariat und die Sozialdemokratie diese Schwierigkeiten überwinden, während Sie unfähig geworden sind und hier in diesem Hause Ihre Unfähigkeit gezeigt haben, den Staat noch zu lenken, eben weil Sie diesen nationalen Schwierigkeiten nicht gewachsen sind. Unter nationalen Interesse und unter Klasseninteresse sind identisch; und ein nationales Interesse ist es, daß die Lebenshaltung der Arbeiter steigt, und ein nationales Interesse ist es, daß das Volk physisch, geistig und kulturell sich entwickelt. Jedes Arbeiterausgehende ist ein nationales Wesen, ist wichtiger als alle die verschiedenen Kleinlichkeiten, mit denen Sie hier einander behelligen. . . . Das nationale Interesse der Deutschen, des deutschen Volkes — nicht der paar Unternehmer und der Kurienbesitzer, sondern des deutschen Volkes — hängt viel mehr zusammen mit einer wichtigen, einschneidenden Weichgabung über die Heimarbeit als mit irgend welchen Abgrenzungen, die den Streit hier bilden. . . .

„Glauben Sie denn wirklich, das deutsche Volk hat seinen anderen politischen Besitz in diesem Lande als den, der sich ausdrückt durch die Zahl seiner Vertreter hier? Sie glauben wirklich, daß die Mandatsystem hier über die Geschicke des deutschen Volkes entscheidet, während wir Ihnen sagen: für die Geschicke des deutschen Volkes entscheidet vor allem die materielle und kulturelle Entwicklung der drei Klassen des deutschen Volkes, und für diese

in erster Linie einzutreten, diese zu sichern, sind wir deutsche Sozialdemokraten hier, und wir werden sie schützen gegen jeden, der sie antastet! (Rufe: Das glauben wir!) Ja, wir sagen noch mehr! Wir sagen, daß es die eigentliche nationale Aufgabe und das Besten der nationalen Pflichterfüllung für jedes Volk hier ist, daß es seine nationale Pflicht erfüllt, nicht durch die Herrschaftsgüter, durch die Eroberung und die Sucht zur Bedrückung, sondern daß es erfüllt ist von dem Gedanken, daß im letzten Grunde alle Kulturinteressen aller Völker hier solidarisch sind. (Bravo! Bravo!) Wir haben es satt, und die Völker Österreichs haben es satt, die Erbländer irgend einer Dynastie zu spielen. Die Völker wollen ihr eigenes Erbe antreten! Und das können sie nur, wenn sie sich miteinander verbinden, das können sie nur, wenn sie ihr Recht in Anspruch nehmen. Und ihr Recht werden sie nur erlangen, wenn sie auf das Unrecht verzichten. Auf nationales Unrecht können sie nationales Recht nicht gründen! . . .

„Wären Sie vielleicht es noch länger in diesem unerträglichen Zustand aushalten: das Proletariat hat keine Lust, es auszuhalten, und das kann ich Ihnen ohne alle Drohung sagen: Ohne den härtesten Kampf, der bis ans Leben geht, werden Sie dieses Haus in dieser Welt nicht mehr zusammen sehen! Das ist keine Drohung an Leib und Leben für Sie, meine Herren, es passiert Ihnen gar nichts Persönliches! Sie werden nicht mit Blut bedeckt, aber mit Schande und mit Schmach bedeckt aus diesem Kampfe gehen, wenn es dazu kommen sollte!

Aber ich bin überzeugt, es wird nicht mehr dazu kommen, ich bin überzeugt, daß der Gedanke der Wahlreform gesiegt hat, weil er unüberwindlich ist, und daß die Herren, die hier dagegen sprechen, und die, welche gewissenlos hinter den Türen und in den Gassen intrigieren, um ihren Lohn kommen werden. Wären Sie machen, was Sie wollen! Wären Sie durch die Kleinlichsten und Schmutzigsten Mittel der großen Sache des Volkes Anspiegel in den Weg legen wollen — die Sache ist gerettet und hat gesiegt, sage ich, weil ich nicht daran glauben kann, daß die Masse dieses Hauses von der Einsicht so verlassen ist, so hat ist jedes Bewußtsein, um noch einmal mit diesem unfähigen Parlament einen Versuch zu machen. . . . Ich fordere Sie ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Nation auf, in Ihr Gewissen zu gehen; ich fordere Sie auf, mit sich selbst einig zu werden und sich zu fragen, ob Sie es verantworten können vor dem Volke, daß Sie vielleicht in Worten geringfügigen Nutzen, dessen steigende Macht, dessen steigende Würde aber Ihnen schließlich imponieren muß und vor dem Sie verantwortlich sein werden, ob Sie es verantworten können vor dem Staate, dessen Unfähigkeit zu existieren Ihnen allen klar ist, ob Sie es verantworten können vor Ihren Klasseninteressen, diesen Zustand des Parlamentes, diesen Zustand des Staates weiter bestehen zu lassen. Die Einsicht haben viele von Ihnen. Wir Sozialdemokraten, die Arbeiterklasse hat nur eines vor Ihnen voraus: den Mut und die Entschlossenheit, um des politischen Lebens, um der politischen Lebensmöglichkeit willen alles an die Sache des Volkes zu setzen. (Beifall.)

Nehmen Sie das so, wie es ist — nicht als ein Rühmen, sondern als eine Prophezeiung. Und wenn der berechtete Herr aus Tirol geschlossen hat mit den Worten: „Tot ist die Vorlage Gausch“, so sage ich Ihnen: Jene, die man zu früh todtagt, leben oft am längsten. (Heiterkeit.) Ich sehe hier nur ein e n T o t e n — der ist aber mauefot: Tot ist das Privilegienparlament (Beifall), tot sind die Kurien, tot sind alle die Lügen und Klauen, die sich hinter diesen Dingen verbergen, tot ist das Unrecht, das die Völker gesteuert hat — und es fängt an zu leben das heilige Recht der Völker.“ (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Adlers Rede, von der wir hier nur ein kleines Bruchstück geben konnten, hat im Abgeordnetenhause große Wirkung erzielt. Von der sozialdemokratischen Fraktion dürfte noch namens der Polen Dazynski, namens der Tschechen Hübisch und Benerstorfer zu Worte kommen. In den Wahlreformauschuss wird Adler gewählt werden.

Die Revolution in Rußland.

Obstruktion der Eisenbahner.
 Die Arbeiter der „Warschau-Wiener“ Eisenbahnstrecke haben eine auf alle Gebiete dieses Unternehmens sich ausdehnende Obstruktion eingeleitet. An der Spitze dieser Bewegung steht der neugegründete sozialdemokratische „Eisenbahnarbeiterverband für Polen und Litauen“. Hervorgetreten wurde diese Obstruktion dadurch, daß die Eisenbahndirektion sich entsagte, gerechte Forderungen der Arbeiter bezüglich deren Pensionsklasse zu erfüllen. Die Obstruktion äußert sich darin, daß die Arbeiter mit pedantischer Pünktlichkeit alle unzähligen komplizierten Vorschriften der Verwaltung buchstäblich genau verrichten. Diese „Pünktlichkeit“ hat eine ungeheure Desorganisation des Betriebes zur Folge.

Wien. An Stelle des kistierten „Weder“ erscheint hier eine neue sozialdemokratische Zeitung des Bundes „Die Volkszeitung“.

So mußte es kommen!

Riga. Der Schriftführer der hiesigen Gouvernementsverwaltung, W a u n i n g, ein germanisierter Däne, der seit circa 30 Jahren die Geschäfte der russländischen Gouvernements befragt und auch im Petersburger Ministerium des Innern einen außerordentlichen Vertrauensposten befüllt (dazu verhalf ihm Skipsagin, der Ende der achtziger Jahre Gouverneur von Kurland war), eine in der Stadt fast jedem Kinde bekannte „Kamerperson“, wurde vor kurzem auf der Straße von Kosaken überfallen und nach Woffen befragt. W a u n i n g, der Rivill trägt, empörte sich sehr darüber und fing mit den Worten an: „Wißt Ihr, wer ich bin?“ usw. Die Kosaken nahmen ihm aus den Taschen alles Wertvolle und ließen ihn mit heiler Haut davon. Für die Stadt hatte dieser Vorfall sehr gute Folgen: von nun an dürfen Kosaken keine persönlichen Visitationen vornehmen; jeder Verdächtige wird zum nächsten Wachposten geführt, wo er von einem S q u a d r a n n distriert wird. Und ein Schutzmann wird selbstverständlich nur einem lumpigen Arbeiter seine Uhr und Portemonnaie wegnehmen, einen Herrn

Mourning wird er ehfurchtsvoll entlassen, ihm sogar eine Droschke folgen.

Näheren der Dragoner.

Sobz. Am hellen Tage wurde hier der bekannte Fabrikant Jarocznski von einigen Dragonern auf der Straße Meyers Postage überfallen. Die „Ausschreiter“ und „Beschützer der öffentlichen Sicherheit“ forderten von ihm Geld. Jarocznski kaufte sich mit 2 Rubeln los. Wie es sich später erwies, hatten die Dragoner umweh Meyers Postage zur selben Zeit ihre Wachtposten, die sie zum Mauthausen verlassen hatten. Rechnliches kommt hier tagtäglich vor, nur sind die Opfer meistens „gewöhnliche“ Arbeiter oder demokratisch aussehende Intellektuelle, worüber man sich auch in der Stadt der Schornsteine, der Paläste und der — Arbeitslosigkeit wenig empörte. Ganz anders jetzt, wo ein Millionär überfallen wurde.

Verfassungskreisfreiheit.

Tiflis, 10. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während der Zeit der Wahlbewegung in Tiflis wird den Mitgliedern aller Organisationen, mit Ausnahme der revolutionären, Versammlungsfreiheit gewährt werden.

Dazu wird weiter gemeldet:

Sobeben ist verfügt worden, daß Lokale, wo Wahlversammlungen stattfinden, vorher auf das sorgfältigste durchsucht und dann zwei Stunden vor der Eröffnung der Versammlung polizeilich besetzt werden sollen, um eine strenge Kontrolle ausüben zu können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. März.

Vorussischer Eisenbahnpatrikularismus.

Das Reichseisenbahnamt ist eine fast lediglich dekorative Institution, deren Macht nur auf dem Papiere steht, ein Reichsamt, dem jede Exekutive fehlt, ein Schattenbild, das in vollster Bedeutungslosigkeit neben dem sehr realen Machtgebilde des preussischen Eisenbahnpatrikularismus steht. Wie weit Deutschland davon entfernt ist, ein Einheitsstaat zu sein, bewiesen die heutigen Reichstagsverhandlungen wieder einmal aufs kläglichste. Selbst ein so reichsfrommer Mann, wie der schwäbische National-liberale Nieber sezte kläglich über den Eisenbahnpatrikularismus und mußte den Schmerz erleben, daß das von ihm vorgeschlagene Heilmittel der Betriebsmittel-gemeinschaft von zwei in diesem Fache recht sachkundigen Parlamentariern seiner Nachbarfraktion, den Herren Schrader und Gothein als völlig ungeeignet, ja als schlimmer denn das Uebel selbst, nachgewiesen wurde. Niebers Fraktionsgenosse Wassermann zeigte wieder einmal, daß seine einstmals lediglich reine sozialpolitische Wäsche längst von kapitalistischem Auf geschwärtzt worden ist: er sang einen Lobhymnus auf die vierte Wagenklasse.

Die durchschlagendsten Beweismittel für die Existenz eines geradezu reichsfeindlichen preussischen Eisenbahnpatrikularismus brachten die Genossen v. d. Götth und v. d. Wolda vor. Unter voller Wahrung des prinzipiellen sozialdemokratischen Standpunktes sprachen sie gleichzeitig im Einfluge mit dem einstimmigen Votum der thüringischen Einzelmitglieder. Der preussische Eisenbahnpatrikularismus scheint es als seine heilige Aufgabe zu betrachten, durch die kleinlichsten Schikanen und die erbärmlichsten Richtungslosigkeit die Reichsverdroßtheit in Thüringen bis zur Siedehitze zu steigern und die begeistertsten Preußenfreunde gegen sich aufzubringen. Proben dieses Eisenbahnpatrikularismus brachten unsere beiden Fraktionsredner in reichster Fülle vor und der Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz wußte auf diese ebenso wenig zu erwidern, wie auf die ebenfalls auf unwiderlegliche Beweise gegründeten Anklagen gegen das System der Ueberarbeit, das im Reiche des Herrn v. Duden herrscht.

Eine kleine Episode der Sitzung darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Der bekannte Zollgraf Kanitz protestierte auf das heftigste gegen die von der famosen Steuerhauerkommission in Vorschlag gebrachten Kilometerzuschläge. Selbstredend liegt dem Grafen aus Dispreußen nichts ferner, als Verkehrsfreundschaft. Wohl gönnt er doch den Bürgern und Arbeitern der Großstädte die etwas billigeren Sätze des Vorortverkehrs, und wandte er sich doch lebhaft gegen jede Verbilligung des Personentarifs, während er im agrarischen Interesse eine Verbilligung des Gütertarifs verlangt. Die Abneigung des Grafen Kanitz gegen die Kilometerzuschläge ist preussisch-patrikularistischer Natur; er will die preussischen Einnahmen nicht durch Reichszugaben geschmälert wissen. Der selbe Standpunkt ist im Dreiklassenhaufe mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zutage getreten.

Dienstag wird wegen der Trauerfeier für Eugen Richter erst um 2 Uhr begonnen. Es stehen die Etats des Reichspensionsfonds, des Reichsinvaliden-fonds und des Reichsbeschäftigtenamts auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Die Statberatung im Abgeordnetenhaus neigt sich ihrem Ende zu. Es sind nur noch der Rest des Extraordinariums des Etats der Eisenbahnverwaltung und einige Titel anderer Etats in zweiter Lesung zu erledigen. Dann folgt die dritte Beratung, die bis Ende der Woche beendet sein soll. Der Etat kann also diesmal so rechtzeitig ans Herrenhaus gelangen, daß er zum verfassungsmäßigen Termin, dem 1. April, in Kraft treten kann. Die Beratung des Herrenhauses nimmt ja bekanntlich nur wenige Tage in Anspruch, einmal weil die „Herren“, denen ja die Kunst der Gesetzesmacherei schon in die Wiege gelegt ist, naturgemäß jede Vorlage, und mag sie noch so umfangreich sein, im Handumdrehen bewältigen, und zweitens weil die Statberatung in der Ersten Kammer eigentlich nur Formsache ist. Das Herrenhaus darf an keiner Position Veränderungen vornehmen, es hat nur die Wahl zwischen Annahme und Ablehnung des Etats im ganzen. Nun, ablehnen wird es ihn nicht.

Am Montag beriet das Abgeordnetenhaus den ersten Teil des Extraordinariums des Eisenbahnetats. In der Debatte wurden nur lokale Wünsche vorgebracht. Von speziellen Anregungen, die sich auf den Eisenbahndirektionsbezirk Berlin beziehen, erwähnen wir den Wunsch der Gemeinde Nowawes-Neuendorf, Fernstation zu werden, sowie das Verlangen der Ausdehnung des westlichen Vorortverkehrs bis Trebbin und des nördlichen bis Velten. Eine Petition um Ausdehnung des Vorortverkehrs auf der Anhalter Bahn über Groß-Flöthenfeld-Dt hinaus überwies das Haus der Regierung als Material.

Gegen Schluß der Sitzung kam noch einmal das Spremberger Eisenbahnunglück zur Sprache. Die Budgetkommission beantragte: eine Petition um Herstellung eines zweiten Gleises auf der Strecke Rottbus-Görlitz durch die früher abgegebene Erklärung des Ministers für erledigt zu erklären. Im Gegensatz dazu beantragten die

Vertreter von Görlitz, die Abgeordneten v. Schenden-dorff (natl.), v. Eichel (l.) und Fritsch (natl.), im Hinblick auf den starken, stetig zunehmenden Sommerverkehr, in welchen ja auch das Spremberger Unglück fiel, und zum Zwecke der nunmehrigen Durchführung des schon im Jahre 1891 von der Regierung selbst aufgenommenen, bislang nur von Berlin bis Rottbus ausgeführten Planes eines zweigleisigen Ausbaues der Strecke Berlin-Görlitz: die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Nach ungewisser Debatte nahm das Haus den Antrag v. Schenden-dorff und Genossen an.

Bodenpreissteigerungen durch den neuen Zolltarif.

Während der Kämpfe um den neuen Zolltarif im Reichstage ist von den Gegnern der Agrarzölle immer wieder von neuem darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Getreide-, Vieh-, Obst- und sonstigen landwirtschaftlichen Zölle der Landwirtschaft nichts zu nützen vermag, sondern nur den ländlichen Grundbesitzern auf Kosten der wertthätigen Volksschichten einen Vermögensvorteil zuwendet. Der Erfolg der gesteigerten Zölle besteht zunächst in einer Preis-erhöhung der ländlichen Erzeugnisse und diese wieder führt zur Ertragssteigerung und damit zur Hinausschiebung der Grundrente und der Grundstückspreise. Steigt der durchschnittliche Ertrag eines ländlichen Gutes um ein Viertel, so steigt zugleich auch der Kaufpreis in ungefähr gleichem Verhältnis. Der Besitzer des betreffenden Gutes wird also ohne sein Zutun um so und so viel reicher. Die Landwirtschaft selbst hat aber von dieser Bodenpreissteigerung nicht den geringsten Nutzen; den Vorteil schließt ausschließlich derjenige, der zurzeit der durch Zollerhöhungen bewirkten Preissteigerungen im Besitz größerer Grundstücke ist. Verkauft oder verpachtet ein solcher Besitzer seine Grundstücke, so haben die neuen Besitzer oder Pächter natürlich entsprechend höhere Preise zu zahlen, also genau wieder unter den gleichen Rentabilitätsverhältnissen zu produzieren, wie vor der Einführung der neuen Zölle. Aber selbst, wenn der Besitzer sein Gut selbst bewirtschaftet, gelangt es spätestens bei seinem Tode in fremde Hände. Entweder wird dann das Grundstück verkauft, oder dem Erben wird bei der Uebernahme der gesteigerte Wert angerechnet, und er hat demnach seine Miterben mit höheren Summen abzufinden. Irrend welche Erleichterung der Produktionsbedingungen tritt also nicht ein; der ganze Erfolg der Zollsteigerung besteht in einer Vergrößerung der Grundrente und des Grundkapitals der Besitzer auf Kosten der Mehrwert produzierenden Bevölkerungsschichten.

Dazu tritt erfahrungsgemäß meist noch ein anderer Uebelstand. Die durch die Zollsteigerung in Aussicht gestellte höhere Ertragsfähigkeit wird vielfach übersehen und diese Ueberschätzung führt zu einer wilden Güterpekulation, in deren Verlauf die Güterpreise weit über die der Ertragssteigerung entsprechende Wertsteigerung hinaufgetrieben werden — bis der unvermeidliche Rückschlag eintritt, und die neuen Besitzer, die inzwischen gekauft haben, nun gezwungen sind, den Betrieb unter noch weit ungünstigeren Bedingungen fortzuführen, als ihre Vorbesitzer. Auch jetzt tritt bereits in verschiedenen Gegenden diese Begleiterscheinung der künstlichen Hinausschiebung der Grundrente hervor. Aus Dispreußen werden z. B. dem „Berl. Tagebl.“ folgende in letzter Zeit vorgekommene Güterverkäufe gemeldet:

1. Das dem Grafen Schimmelmann gehörende Gut Elen-thal im Kreise Schildberg wurde von diesem vor drei Jahren mit 217 500 M. bezahlt, in diesem Jahre erhielt er 450 500 M.
2. Besitzer Peters in Ludwigshorst, Kreis Gnesen, kaufte vor fünf Jahren sein Gut für 65 000 M., vor ein paar Monaten erhielt er 118 000 M.
3. Besitzer Börsche kaufte vor ein paar Jahren sein Gut Ritters bei Liebstadt im Kreise Mohrungen für 64 000 M. und erhielt vor ein paar Monaten von Herrn Dreher aus Koppe 88 000 M.
4. Herr Besitzer Wandtke hat sein 1050 Morgen großes Gut Klein-Wabenz im Kreise Rosenberg für 220 000 Mark an Herrn Schulz verkauft; für dieses Gut wurden vor zwei Jahren nur 165 000 Mark bezahlt.
5. Herr Glowatz in Hohenkirch bei Strehno hat sein 110 Morgen großes Grundstück für 72 000 Mark an Herrn Beathold verkauft, im Juli vorigen Jahres war der Erwerbswert 60 000 Mark.
6. Besitzer Martin Kostenski in Pawlowo bei Schwargenau hat sein Gut mit einem Gewinne von 60 000 M. verkauft; Herr Kostenski war nur wenige Jahre Besitzer dieses Gutes.
7. Herr Lange in Luga-Lähle verkaufte sein Gut von 400 Morgen für den Preis von 120 000 M., nach Verkauf von drei Monaten erhielt der jetzige Besitzer 135 000 M.
8. Vor fünf Monaten kaufte Herr Schweder in Schöneich, Kreis Schwet, die zirka 300 Morgen große Besitzung des Herrn Roth für 100 000 M., jetzt hat er das Gut für 125 000 M. verkauft.
9. Das Herrn Nobiski gehörige Lippan im Kreise Reiden-burg (Dispreußen) wurde von diesem vor fünf Jahren mit 240 000 M. bezahlt, vor ein paar Monaten erwarb es Herr Ritter für 510 000 M.
10. Das Gut Regelsmühle Nr. 2 im Kreise Deutsch-Krone bei Schneidemühl bekommt demnach seit einem Jahre den vierten neuen Besitzer, Herr Reichert hat es für 350 000 M. erworben. Das Gut hat 60 000 M. mehr gebracht als vor einem Jahre, und jeder der Besitzer hat in den wenigen Monaten je 20 000 M. daran verdient.
11. Das Gut Lubahn im Kreise Verent, Herrn John gehörig, ist im September v. J. von einem Herrn aus Westfalen für 514 000 M. gekauft worden. Vor nicht so langer Zeit hat Herr John das Gut für 210 000 M. von den Erben über-nommen.
12. Herr Bahl hat sein Gut Schöhen B. im Kreise Rastenburg an Herrn Roll verkauft für 340 000 M. Vor vier Jahren brachte das Gut beim Verkauf 240 000 M.
13. Gutbesitzer Peters in Ludwigshorst, Kreis Wittowo, hat seine Besitzung von 300 Morgen für 120 000 M. verkauft. Das Gut hat vor sieben Jahren 60 000 M. gelostet.
14. Herr Michael Petrowicz in Juda, Kreis Wittowo, hat für seine 70 Morgen große Besitzung 40 000 M. erhalten, er hat sie vor ein paar Jahren für 15 000 M. erworben.

Es wird nicht lange dauern und der größte Teil der neuen Besitzer wird wieder nach dem alten agrarischen Schreibezept über die „Not der Landwirtschaft“ klagen und nach neuen Zollsteigerungen verlangen.

Die Marokko-Konferenz.

In der Sitzung am Sonntag wurde der bereits im Prinzip gutgeheißene deutsche Vorschlag betreffend die Aufsicht über die Bank offiziell dahin präzisirt, daß seitens Deutschlands, Englands, Frankreichs und Spaniens je ein Mitglied der betreffenden Staatsbank als Revisor ernannt werden soll. Mit Bezug auf die Anteile am Kapital wurde deutschseits vorgeschlagen, dem französischen Anleihenkontrakt von 1890 zwei besondere Anteile zu überweisen. Von den französischen Delegierten wurde dies zwar nicht als ausreichendes Äquivalent für die Rechte betrachtet, welche das Kontraktum an die Staatsbank abzutreten haben wird, doch sei im Prinzip eine Einigung über diesen Punkt möglich. In der Polizeifrage stellte sich Deutschland auf den Boden des österreichisch-

ungarischen Entwurfes, welcher, soweit er die Aufsicht des Polizeidienstes durch einen von einer dritten Macht vorzuschlagenden Offizier vorsieht, günstige Aufnahme fand; dagegen, daß diesen Offizier außer der Inspektion auch die speziellen Ausbildungsbeschlüsse in Casablanca übertragen werden, wurden englischer- und französischerseits praktische Bedenken geäußert. Endlich wurde die endgültige Redaktion offizieller Entwürfe der Bank- und Polizeireorganisation der um ein Mitglied verstärkten Kommission übertragen.

Die Erklärung des Vorkassiers v. Radowich zur Polizeifrage in der Sonntags-Sitzung lautete: „Ich bin in der Lage zu erklären, daß wir den Vorschlag des ersten Delegierten Oesterreich-Ungarns im Prinzip annehmen, seine Einzelheiten aber weiterer Erörterung vorbehalten. Bei diesem Entgegen-kommen, durch das wir einen Teil unserer bisherigen Vorschläge fallen lassen, leitet uns die Hoffnung, damit eine allgemeine Verständigung herbeizuführen.“

In der Sitzung am Sonntag beharrten die Vertreter Frankreichs auf dem Anspruch, drei besondere Anteile an dem Bankkapital für ihr Kontraktum zu erhalten, und verstanden sich nicht dazu, dem neutralen Polizeikommissar einen Hafen zu unterstellen, obgleich die Mehrzahl der Delegierten den deutschen Standpunkt teilte. Nachmittags um 5 Uhr fand eine zweite Kommissionssitzung statt. In der Zwischenzeit wurden die angelegentlichsten Bemühungen Visconti-Venostas und Wihites bemerkt, ihren vermittelnden Einfluß zur Geltung zu bringen. Auch die Russen scheinen jetzt der Meinung zu sein, daß der Zeitpunkt für ein weiteres Nachgeben Frankreichs gekommen sei.

Deutsches Reich.

Denunzianten.

Die „Konserb. Korresp.“ druckt aus dem gestern in Berlin vertheilten Flugblatt zum Zwecke der schollen Denunziation folgende Stelle ab:

„Arbeiter! Proletariat!“

Fast zwei Menschenalter sind verfloßen seit jenen denkwürdigen und ruhmreichen Märztagen, in denen Eure Väter und Großväter ihr höchstes und einziges Gut, ihr Leben, eingesetzt haben für das Volkes Rechte, für des Volkes Freiheit. Mit Blut haben sie die Erde getränkt, aber noch immer erhebt sich die Reaktion ihr Haupt und mehr als je ist sie bestrebt, mit brutaler Gewalt niederzuknien, wer ihr in den Weg tritt.

An Euch ist es, das Werk Eurer Vorfahren zu vollenden. An Euch ist es, dem absoluten Regiment in Preußen ein Ende zu machen und dafür zu sorgen, daß des Volkes Wille höchstes Gesetz wird.“

Diese Stelle empfiehlt die genannte Korrespondenz durch nachstehende Glossen der liebevollen Aufmerksamkeit der Staats-anwaltschaft:

Wir haben diese Sätze in der Druckanordnung des Originals wiedergegeben, damit erkennbar sei, worauf es den sozialdemokratischen Demagogen ankommt. Deutlicher als bei dem für den Sapon-Sountag verfaßten Flugblatte ist aus dem vorliegenden die Absicht ersichtlich, in den Massen die „revolutionäre Energie“ zu entfachen. Wohl steht in dem Flugblatt die Verwahrung dagegen nicht, daß es sich bei dem Anrufe zum Kampfe nicht um einen „mit brutaler Gewalt“ geführten Kampf, sondern um einen „Kampf des Geistes“ handle; aber das Vorbild für diese Art „Geisteskampf“ ist für unsere Sozialrevolutionäre die russische Revolution. Und der Kampfunter gegen das Dreiklassenwahrheit, der mit diesem Flugblatt aufs neue unternommen wird, ist nur ein Vorwand, um die Massen zu ganz anderen Zwecken in Bewegung zu bringen.

Natürlich wird kein Staatsanwalt so leichtfertig sein, der famosen Logik der edlen Denunzianten folgen zu lassen — aber dadurch verliert das Schelmstück nichts an seiner Wüther! Solche Denunziationen gelten ja nicht nur der Staatsanwaltschaft!

Puttkamers Verteidiger.

Die früheren konservativen Freunde des Herrn Jesko v. Puttkamer rüden, soweit sie — wenn auch nur formell — noch auf Anhängigkeit halten, von diesem immer weiter ab. Die von der „Braunschweiger Landesztg.“ aufgedeckte Konjunkturalgeschichte geht ihnen denn doch allzulehr gegen den Strich, nur ein echter deutscher Mann tritt noch unentwegt für die hohen verwaltungstechnischen und sittlichen Qualitäten des Kamerader Gouverneurs in die Schranken. Das ist der Landgerichtsrat Hagemann, Reichstags-abgeordneter für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen und — natürlich — nationalliberalen Glaubensbekenntnisses. Der würdige Herr meint in einem Artikel des „Scherchen Tag“:

Unrichtig und unpolitisch würde es sein, wenn der Gouverneur jetzt der Beschwerde der Alwa-Leute zum Opfer fiel, unrichtig, weil noch manche Aufgabe, deren Lösung er am besten versteht, seiner harter, unpolitisch, weil der Grund, welchen seine Abberufung auf die Beschwerde hin sowohl auf die Alwa-Leute als auf die Regesämme im Innern machen würde, dem Ansehen der Deutschen nicht nützlich wäre. Die Alwa-Leute würden sich eine Bedeutung und einen Einfluß bemessen, den sie nicht haben und nie haben dürfen. Die im Innern wohnenden Regesämme, die den Gouverneur in seinem energischen Auftreten kennen gelernt haben, würden es nicht verstehen, daß dieser Mann einem Vorstoß der Duala-Regier hätte weichen müssen.“

Wie weit Herr von Puttkamer zu seinen Maßnahmen gegen die Alwa-Leute berechtigt war, erscheint also Herrn Hagemann als ganz nebensächlich; die Hauptsache ist, daß Herr v. Puttkamer noch von Nutzen sein könnte. Erst der Nutzen, dann das Recht! Herr Hagemann sollte befördert werden: er hat das ethische Prinzip der deutschen Strafrecht völlig begriffen.

Liberaler Schacher um Richters Erbe. Der „Köln. Jtg.“ wird aus Hagen gemeldet:

Das Wahlkomitee der nationalliberalen Partei im Wahlkreise Hagen-Schwelm beschloß, den Freisinnigen ein Zusammengehen bei den Ersatzwahlen für den Landtag und den Reichstag vorzuschlagen, und zwar derart, daß die Freisinnigen die Kandidatur Moldenauers für den Landtag, die Nationalliberalen die Kandidatur Eringers für den Reichstag unterstützen. Nach einstündiger Programmrede wählte man Moldenauer einstimmig als Landtags- und eventuell als Reichstagskandidaten.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Freisinn zu diesem Schacherangebot stellen wird.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1908 erhielten im ersten Wahlgang der Nationalliberale 5788, Eugen Richter 10 572, das Zentrum 4526, der Christlichsoziale 1855 und die Sozialdemokratie 13 870 Stimmen. Bei der Stichwahl siegte dann Richter mit 20 988 über 15 018 sozialdemokratische Stimmen.

Wenn zwei daselbe tun

„Die Post“ steht Gespenster. — Die englische Zeitung „Daily Mail“ wird demnach mit der Veröffentlichung eines Romans beginnen, der einen gewissen William Le Queux zum Verfasser hat und den Titel trägt: „Die Invasion von 1910“. Das Kronsche Organ bezeichnet das Werk als einen „politischen Sensationsroman für John Bull!“ Und weshalb? Weil Le Queux in seinem Opus die erfolgreiche Invasion Englands durch ein deutsches Heer dichterisch-phantastisch behandelt. Zum Unglück hat Feldmarschall Roberts es nicht lassen können, berechtigt seinen Senf dazu zu geben, indem er an die „Daily Mail“ schrieb:

„Die Katastrophe, die eintreten könnte, falls wir in unserem gegenwärtigen Zustand der Rüstbereitschaft verharren, wird in

dem Tuche de Queuz lebendig und eindringlich geschildert, und ich empfehle die Lektüre des Buches allen, denen die Wohlfahrt des britischen Reiches am Herzen liegt.

Das genügt, um — wie gesagt — der „Post“ Gespinnstfurcht beizubringen. Nun gibt sie allerdings zu, daß auch bei uns in Deutschland gerade in letzter Zeit Profanieren und romanhafte Darstellungen des „Zukunftskrieges“ erschienen. „Doch sind“, so behauptet „Die Post“, „diese alle viel weniger „gefährlich“ zu nennen, weil erstens das deutsche Publikum im großen und ganzen weit kritischer veranlagt ist als das britische, und weil ferner auch keine der deutschen Veröffentlichungen die laute „Approbation“ einer so hervorragenden Persönlichkeit gefunden hat, wie es für England Feldmarschall Lord Roberts doch zweifellos ist.

Leider stimmt erstens die Behauptung nicht, das deutsche „Publikum“ sei „im großen und ganzen“ weit kritischer veranlagt als das britische. Doch darüber wollen wir uns mit der „Post“ nicht streiten. Aber ihr wertlos Gedächtnis aufzurufen, wollen wir uns gestatten: Als kürzlich — von anderen Publikationen zu schweigen — das bekannte „Seeferer“-Buch erschien, da war in Deutschland alles, was für Vergrößerung unserer Flotte schwärmte, vor Bewunderung, ja Begeisterung toll. Und die „Post“ hat in den Bewunderungsjubiläum eingestimmt. Was aber war's mit dem „Seeferer"? Die Quintessenz des Buches bildete die peinlich detaillierte Schilderung der großen „Seeeschlacht bei Helgoland“, in welcher die deutsche Flotte von der englischen total vernichtet wurde! Die konservativen Blätter druckten das Kapitel von der „Seeeschlacht bei Helgoland“ jubelnd ab. Fast alle diese Geschäfte doch vorzüglich in ihren Flottenrummelkram.

Was dem deutschen „Seeferer“ recht war, darf der englischen „Inbasion“ nicht billig sein. Das ist „Post“-Logik. Wenn das übrigens mit Herrn Dr. Kronsbeins Beängstigungszuständen so weiter geht wie seit dem 21. Januar d. J., dann werden wir die ganze „Post“-Garbe demnächst in Don Quixote-Rüstungen gegen Windmühlenslängel antreten sehen. —

Neuer Polenprozeß in Sicht. Wie das „Posener Tageblatt“ mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft in Gnesen gegen den Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses von Koscielski und 22 Genossen, darunter den Reichstagsabgeordneten für Posen, Rechtsanwalt v. Urganowski, das Strafverfahren eingeleitet wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Es handelt sich um eine von ersterem Ende vorigen Jahres im Schloßpark zu Miloslaw veranstaltete Privatfeierlichkeit, zu der auf Einladung eine ganze Anzahl Persönlichkeiten aus der Provinz Posens erschienen waren. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft soll hier der von der Polizei verbotene Gauerbandtag der Solowjow-Polens abgehalten worden sein. —

Die königliche Eisenbahndirektion Erfurt sendet uns folgende Zuschrift:

Auf Grund des Prehgeschehes ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung in dem redaktionellen Teil Ihres Blattes: Die in Nr. 47 vom 25. Februar unter der Ueberschrift: „Wenn Eisenbahner bitten wollen“ enthaltene Schilderung einer Verhandlung des Vorstehers der hiesigen Eisenbahnbetriebswerkstätte mit den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse entspricht nicht durchweg dem wirklichen Vorgang; der Verlauf, wie er durch die Aussagen der Beteiligten festgelegt ist, war folgender:

Der Werkstättenvorsteher sah sich veranlaßt, den Ausschussmitgliedern, welche zur Hälfte erst seit kurzer Zeit in Tätigkeit waren, Aufklärungen über ihre Befugnisse zu geben. Er wies namentlich darauf hin, daß das den Arbeitern selbstverständlich zustehende Beschwerderecht nicht so zu verstehen sei, als ob die Ausschüsse verpflichtet wären, jede Klage und jedes Verlangen sofort bei der höchsten Stelle anhängig zu machen, daß sie die Wünsche vielmehr auf dem ordnungsmäßigen Wege zunächst zur Kenntnis der unmittelbaren Vorgesetzten bringen müßten, und erst, wenn sie bei diesen nichts erreichten, an der höchsten Stelle vorstellig werden könnten. Der Vorsteher betonte, daß gerade die Ausschussmitglieder als gewählte Vertreter der Arbeiterschaft ganz besonders verpflichtet wären, diese ganz selbstverständliche Ordnung zu beobachten. Als dann eines der Ausschussmitglieder die seiner Meinung nach entgegenstehende, im Abgeordnetenhaus gefallene Äußerung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten aus einer Zeitung vorlas, hob der Vorsteher nochmals hervor, daß seine Auseinandersetzung der ministeriellen Erklärung nicht widerspreche, zumal diese sich hauptsächlich auf einen speziellen Fall bezöge und die Form der Beschwerdeführung nicht erwähnte; auch könne man aus abgerissenen Zeitungsbemerkungen den Wortlaut und Zusammenhang der Erklärung mit Sicherheit nicht immer entnehmen und sei es nicht ausgeschlossen, daß sie bei der Uebersetzung aus einer Zeitung in die andere schließlich entstellt wiedergegeben würden.

Dieser Sachverhalt läßt erkennen, daß die dramatische Schilderung des Widerspruchs, in welchen sich der Werkstättenvorsteher mit den Erklärungen des Herrn Ministers gefehlt haben soll, auf einer mißverständlichen Auffassung der Erläuterung des Beamten beruht.

Dieses Mißverständnis ist um so erklärlicher, als die Darstellung augenscheinlich nicht von einer an der Verhandlung beteiligten Person herrührt, sondern aus Erzählungen von Mittelspersonen hervorgegangen ist, deren Kenntnis der Vorgänge lediglich auf Hörensagen beruht.

Wir werden auf diese Berichtigung noch zurückkommen.

Ausland.

Schweiz.

Demokratischer Fortschritt in der Schweiz.

Jürich, 8. März. (Fig. Ber.)

Vor ungefähr zwei Jahren hat unser Genosse Flachsmann in Veriton bei Jürich der Regierung ein Initiativbegehren betreffend die eidgenössische Gesetzesinitiative eingereicht, dem Regierung und Kantonsrat, ferner die Regierung des Kantons Solothurn zustimmten und das sodann dem Bundesrat eingereicht wurde. Der Bund besitzt nämlich bis jetzt nur die Verfassungsinitiative, deren teilweise oder gänzliche Revision von 50 000 Stimmberechtigten mit eigenen Vorschlägen, die der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen, verlangt werden kann. Das gleiche Recht bezüglich der Schaffung neuer oder der Abänderung bestehender Bundesgesetze besteht jedoch nicht, während es 22 von 25 Kantonen für sich haben. Die Frage der Einführung der eidgenössischen Gesetzesinitiative lag allerdings schon einmal dem Volke zur Entscheidung vor, nämlich im Jahre 1872; selbstverständlich lehnten damals die Stimmberechtigten mit 261 072 gegen 256 809 Stimmen das ihnen von den Bundesbehörden offerierte neue wichtige demokratische Recht ab.

Nun hat der Bundesrat auf das Initiativbegehren Flachsmanns hin, und nachdem sich noch weitere Kantonsregierungen dafür ausgesprochen haben, beschlossen, der Bundesversammlung folgende Vorlage zur Einführung der Gesetzesinitiative zu machen:

Art. 1. Es werden in die Bundesverfassung folgende Artikel eingefügt; Art. 93 bis: 50 000 stimmberechtigte Schweizerbürger oder acht Kantone haben das Recht, den Erlaß, die Abänderung oder die Aufhebung eines Bundesgesetzes sowie die Abänderung oder die Aufhebung eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses zu verlangen.

Dem Initiativbegehren wird nur Folge gegeben, wenn die Bundesversammlung erklärt, daß es weder gegen die Bundesverfassung noch gegen die dem Bunde durch Staatsverträge auferlegten Verpflichtungen verstöße.

Das Begehren um Erlaß eines Bundesgesetzes oder eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses kann sowohl in der Form der allgemeinen Anregung, als in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden.

Wird das Begehren in der Form der allgemeinen Anregung gestellt und ist die Bundesversammlung mit demselben einverstanden, so erläßt sie das entsprechende Gesetz oder den Bundesbeschuß, welche gemäß Artikel 89 Absatz 2 dem Referendum unterliegen. Sind nicht beide Räte mit dem Initiativbegehren einverstanden, so ist die Frage, ob dem Initiativbegehren Folge zu

geben sei, dem Volke zur Entscheidung vorzulegen. Spricht sich die Mehrheit der stimmenden Bürger für das Initiativbegehren aus, so erläßt die Bundesversammlung das Gesetz oder den Bundesbeschuß, welche gemäß Artikel 89 Absatz 2 dem Referendum unterliegen. Wird das Begehren um Erlaß oder Abänderung eines Gesetzes oder eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt oder wird die Aufhebung eines Gesetzes oder eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses verlangt und ist die Bundesversammlung damit einverstanden, so erhält der Vorschlag unter Vorbehalt des Artikel 89 Absatz 2 Gesetzeskraft. Sind nicht beide Räte mit dem Begehren einverstanden, so ist der Vorschlag dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

Die Bundesversammlung kann bei Abstimmungen über die Initiativbegehren, mit denen sie nicht einverstanden ist, dem Volke Verwerfung beantragen oder ihm gleichzeitig mit dem Initiativbegehren andere Anträge unterbreiten. Art. 93 vor: Ein Bundesgesetz wird über das Verfahren und die innewahaltenden Fristen bei Behandlung von Initiativbegehren das Nähere bestimmen.

Artikel 2. Artikel 89 ist wie folgt abzuändern: Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich. Vorbehalten bleibt jedoch Artikel 93 bis.

Artikel 3. Vorstehender Bundesbeschuß wird der Abstimmung des Volkes und der Stände unterbreitet.

50 000 Unterschriften sind zwar sehr viel und 30 000 würden auch genügend gewesen sein. Doch wir begrüßen schon diesen demokratischen Fortschritt, der ja voraussichtlich in der nachfolgenden Volksabstimmung diesmal die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten finden wird. Allerdings bedeutet er ja für die sozialdemokratische Arbeiterkraft, da sie noch eine Minderheit bildet, vorläufig nur Zukunftsmusik, doch er bringt immerhin weiteren Ausbau der Demokratie. —

England.

Eine Zolldebatte.

London, 9. März. (Fig. Ber.)

Am 12. d. Mts. findet im Unterhause eine große Zolldebatte statt, an der sich die Führer und die besten Redner aller Parteien beteiligen werden. Der liberale Abgeordnete Sir James Stiffon wird folgenden Antrag begründen:

„Durch die letzten Wahlen hat das Volk des vereinigten Königreiches seine ungezwungene Treue zu den Grundätzen des Freihandels bekundet. Das Unterhaus hält es deshalb für richtig, die Erklärung abzugeben, daß es fest entschlossen ist, sich allen Vorschlägen zu widerlegen, die darauf abzielen, die Lebensmittelpreise mit Zöllen zu belegen oder einen Generaltarif aufzustellen und im allgemeinen ein System von Schutzzöllen in diesem Lande zu schaffen.“

Der konservative Abgeordnete Stuart Wortley wird die Streichung der letzten Hälfte des Antrages verlangen. Nach Ablehnung dieses Amendements wird Wyndham, ebenfalls konservativ, für folgende Fassung der letzten Hälfte des Antrages sprechen: „... Das Unterhaus hält es deshalb für richtig, die Erklärung abzugeben, daß es fest entschlossen ist, sich allen Vorschlägen zu widerlegen, die darauf abzielen, künstlichen Schutz gegen legitimen Wettbewerb zu gewähren, aber es ist bereit, Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die eine größere Gleichheit der Bedingungen für den britischen Handel und engere Beziehungen zu den Kolonien schaffen wollen.“ — Dieses Amendement entspricht ganz der Politik Balfour-Chamberlains.

Schließlich wird die Arbeiterpartei ein besonderes Amendement stellen:

„Und wir unsere Genehmigung darüber aussprechen, daß die Wahlen in so schlagender Weise den festen Entschluß des Volkes gezeigt haben, den Freihandel aufrechtzuerhalten und die schutzzöllnerischen Pläne zurückzuweisen, geben wir die Erklärung ab, daß weder Freihandel noch Schutzzölln instand sind, das Problem der Armut zu lösen, vor dem das Land jetzt steht.“

Genosse Snowden wird über dieses Amendement sprechen. —

Australien.

Die Arbeitslosen von Tasmanien haben sich an die Staatsregierung um Hilfe gewandt mit dem Ersuchen, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen. Der Premierminister gab zur Antwort, daß dazu kein Geld vorhanden sei. Auch in anderen Staaten Australiens herrscht viel Arbeitslosigkeit und überall dieselbe Ratlosigkeit der betreffenden Regierungen gegenüber diesem Problem. In Gewerkschaftskreisen gewinnt die Agitation für einen Sechsstundentag an Umfang. Auf diese Weise soll der Arbeitslosigkeit begegnet werden. Der Achtstundentag ist bereits fast zur allgemeinen Regel geworden.

Soziales.

Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die dritte Jahresversammlung der so unendlich notwendige und wichtige Zwecke verfolgenden Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fand am Sonntag im Bürgeraal des Rathauses statt. Der von Dr. Lesser und Dr. Blaschko erstattete Geschäftsbericht hob hervor, daß die Gesellschaft die Zwecke einer Studiengesellschaft von Fachgelehrten, die eines Organs der Volkserziehung und die einer Körperschaft zur Einwirkung auf die öffentlichen Gewalten von Anfang an zu vereinigen gesucht habe. Mit den erreichten Erfolgen, der Vereinigung von nahe an 5000 Mitgliedern in 22 Ortsgruppen, der Verbreitung der Revueblätter in mehr als 1 1/2 Millionen Exemplaren, dem Abschluß der Aufklärungschriften usw. dürfte sie wohl zufrieden sein. Die Presse habe im allgemeinen die Sache vor der öffentlichen Erörterung sexueller Fragen überwunden und die Gesellschaft wirksam unterstützt. Wo falsche Bräuerie die Entstehung von Ortsgruppen bisher verhindert habe, wie in Magdeburg, Königsberg, Halle, Bremen, Leipzig und Straßburg, sei ihre Bildung in kürzester Frist zu erwarten. Die Gesellschaft hätte nur einen wirklichen Gegner: die Unwissenheit und den Aberglauben der leidenden Menschheit, den Kurpfuscher noch Kräften auszuweichen. Gegen diesen Feind werde sie den Kampf mit aller Kraft fortführen. (Beifall.)

Nach dem Vortrage über die Frage der Beteiligung von Krankenkassen an hygienischen Kongressen, über den wir an anderer Stelle referierten, folgte das Referat des Professors Dr. Reicher über Aufnahme einer Statistik der venerischen Krankheiten in Deutschland. Die erste Statistik hat zwar nur mangelhafte Ergebnisse geliefert, aber trotzdem das Entschieden wadgerufen, das Voraussetzen für einen wirksamen Kampf gegen diese Volkspeste sei. Die neue Statistik sollte unter Mithilfe der Ärztesammern nach einem vom Minister unter Mitwirkung der Gesellschaft festgesetzten Schema durch die Ärzte aufgenommen werden. Natürlich dürfe, selbst wenn der § 300 des Strafgesetzbuches nicht die Wahrung des ärztlichen Berufsgeheimnisses vorschreibe, nicht mit dem Namen des Kranken genannt werden. Durch Vermittelung des Reichsanzlers sollten die anderen Bundesstaaten zur Teilnahme an der Enquete aufgefordert werden. Von dem Verlangen, alle Ärzte auf geschlicher Basis zur Auskunft zu zwingen, wie der schlesische Provinzialverein wünsche, habe man mit Rücksicht auf die gesetzgeberischen Schwierigkeiten allerorts Abstand genommen. Redner schloß mit der Bitte, eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution anzunehmen.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

Ueber den Antrag des Vorstandes betr. Einsetzung einer Sachverständigenkommission, welche über die Reformierung der Reglementierung zu beraten hat, referiert Dr. Blaschko

Berlin: Es habe sich als fast unmöglich erwiesen, durch die Debatte über die Reglementierung der Prostituierten in öffentlichen Versammlungen zu einem praktischen Resultat zu kommen. Deshalb sei die Anregung, die der Abgeordnete Münsterberg im Februar dieses Jahres im preussischen Landtag gegeben habe, nach dem Vorbilde Frankreichs eine außerparlamentarische Sachverständigenkommission über diese Frage einzuberufen, mit Dank und Freude zu begrüßen. Die Erklärung des Ministers, daß er schon längere Zeit selbst diese Absicht gehabt habe, beweise, daß die Anregung in kurzer Zeit realisiert werden würde. Es sei wohl möglich, jezt durch Vereinigung der widerstrebenden Standpunkte zu einer Art Kompromiß praktische Arbeit zu leisten. Die Reglementisten hätten von jeher erklärt, daß besser als die heutige Reglementierung der Prostitution gar keine sei und hofften, durch die Reform die allzu berechtigten Klagen verstummen zu machen. Die Abolitionisten würden die Reform als eine Abschlagszahlung und als ersten Schritt auf einer neuen Bahn annehmen. Wer schließlich Recht behalte, werde ja die Zukunft lehren. (Bravo!)

Frau Schulrat Rinna Cauer und Fräulein Helene Stöcker bitten, in dem Beschuß ausdrücklich zu sagen, daß in die Sachverständigenkommission auch Mitglieder dieser Gesellschaft und Frauen berufen werden sollten. Landtagsabgeordneter Münsterberg hält die Erfüllung dieses Wunsches für selbstverständlich. Es wird die vom Referenten vorgelegte Resolution in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß auf Grund der Verhandlungen des preussischen Landtages nach einer Äußerung des Herrn Ministers des Innern die königlich preussische Staatsregierung bereit ist, eine gemischte Kommission zu berufen, die sich mit der Frage der staatlichen Behandlung der Prostitution beschäftigen soll. In diese Kommission sollen auch Mitglieder unserer Gesellschaft, Frauen und Männer, zur Beratung und Beschlusfassung zugezogen werden. Die Gesellschaft gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß auch in den anderen Bundesstaaten in ähnlicher Weise vorgegangen werde.

Mitglied der Gesellschaft zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten kann ein jeder, auch Krankenkassen, durch einen Jahresbeitrag von mindestens 3 M. werden und so die sozialen Ziele der Gesellschaft unterstützen.

Dürfen Krankenkassen hygienische Kongresse besuchen? Ueber

dies Thema referierte am Sonntag in der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der Vorsitzende der Berliner Ortskrankenkasse für Kaufleute, Albert Rohm: In den Anfangszeiten des Krankenkassenwesens war die Erfüllung der gesetzlichen Mindestleistung und die möglichst rasche Auffüllung des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds das Hauptbestreben der Vorstände und Mitglieder. Erst in neuerer Zeit ist allmählich die Erkenntnis gewachsen, daß die Krankenkassen auch prophylaktisch zu wirken hätten. So haben sie trotz der einengenden Fesseln des Gesetzes schon früher für die Geschlechtskrankheiten und jezt für die Trunksüchtigen zu sorgen gesucht. Dem Vorbild der großen Kassen in Leipzig, Straßburg und Berlin folgend, haben auch die an kleineren Orten durch Verbreitung von Revueblättern und Einrichtung von Vortragskursen die hygienische Kultur unter ihren Mitgliedern, d. h. unter der großen Mehrheit des deutschen Volkes gefördert. Anatomische Tafeln zur Aufklärung über die Folgen des Alkoholismus hängen jezt in fast allen Klassenlokalen, zahlreiche Wohnungsbauvereine schaffen das Material für das notwendige Reichswohnungs-gesetz herbei. Anlaßlich des internationalen Tuberkulosekongresses 1899 in Berlin wurden zum erstenmal von amtlicher Stelle durch den Medizinalrat Roth-Votsdam die Krankenkassen aufgefordert, rechtzeitig vorbeugend einzugreifen. Soll die vorbeugende Tätigkeit, zu der auch die Teilnahme an hygienischen Kongressen gehört, aufblühen? Immer mehr erwies es sich als notwendig, den Meinungsaustausch der wissenschaftlichen Versammlungen, die Erfahrungen, die wir aus dem Verkehr mit den Sachverständigen der vorzugenden Heilande gewonnen, unseren Mitgliedern nutzbar zu machen. Dieser Aufbaumachung scheint die Praxis einiger Aufsichtsbehörden entgegenzuehen. Die Aufsichtsbehörden haben zu der Beschädigung der Kongresse gegen die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten und den Alkoholismus ganz verschiedene Stellung genommen. Teilweise bekamen bei Einladungen zu Konferenzen, an deren Spitze die hervorragendsten Beamten standen. Auf der anderen Seite forderten manche Aufsichtsbehörden, besonders in Sachsen und Preußen, von den Krankenkassen vorstehenden die Milderstattung der dafür ausgesetzten Beiträge. Die Ortskrankenkasse der Kaufleute zu Berlin, die einen Jahresbeitrag von 3 1/2 bis 4 Millionen hat, verlor nun, um eine Entschädigung des Oberverwaltungsgerichtes zu provozieren, statutarisch festzulegen, daß der Vorstand berechtigt sei, für diese Kongresse und zur Förderung der Wohnungsfrage Aufwendungen bis zu 15 000 M. jährlich zu machen. Das Oberverwaltungsgericht hat diese Statutenänderung für unzulässig erklärt. Entgegengelegter Ansicht sind Kommentatoren, z. B. Dahn. So hat auch gegenüber der Forderung der Aufsichtsbehörde an den Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse zu Viesebeld, 200 M. zurückzuerstatten, die für die Beschädigung des Kongresses gegen die Geschlechtskrankheiten in Frankfurt a. M. und des Krankenkassenlagers in Berlin ausgegeben waren, das Landgericht Viesebeld entschieden, daß Aufwendungen, die zur Orientierung des Vorstandes dienen, im Interesse der Kasse lägen, auch wenn er zu ihnen nicht ausdrücklich durch das Statut ermächtigt sei. Das ist nun viel mehr als wir verlangt hätten; denn danach könnten wir z. B. juristische, volkswirtschaftliche, statistische oder hygienische Uebungen für die Kassenbeamten auf Kosten der Kasse veranstalten. Nur die Rücksichtlosigkeit mancher Aufsichtsbehörden und die Ungenügsamkeit vieler Kassenvorstände, denen die nötige Sicherheit noch nicht gegeben ist, hindern die Krankenkassen, die Belehrung, die nur sie in die breiten Schichten der Bevölkerung tragen können, auch wirklich zu verbreiten. Derselbe Senatpräsident am Oberverwaltungsgericht, Dr. Strauch v. Tornow, der das Urteil gegen uns gefällt hat, hat es für die Pflicht aller im öffentlichen Leben wirkenden Kräfte erklärt, dem Alkoholismus entgegenzuarbeiten. (Heiterkeit.) Die Gesetzgebung selbst hat durch Zulassung der fakultativen Schwangerschaftsunterstützung die Krankenkassen ermächtigt, vorbeugend zu wirken. Zur Förderung dieses unseres Strebens empfehlen wir Ihnen folgende Resolution:

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält die Beteiligung der Krankenkassen an den Arbeiten und Bestrebungen der Gesellschaft sowie anderer hygienischer Vereinigungen für nützlich und notwendig im Interesse der Krankenkassenverwaltung, der Krankenkassenmitglieder sowie zur Förderung der allgemeinen Volksgesundheit. (Beifälliger Beifall.)

Krankenkassenvorsitzender Griedel-Hamburg teilt mit, daß auch die dortigen Kassen sehr unter dem Widerstande der Aufsichtsbehörden zu leiden gehabt hätten, es sei aber ein abiegendes Urteil des Oberlandesgerichtes erstritten. Dies sei wegen Ungenügsamkeit des Reichsgerichtes aufgehoben. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Sie soll auf Antrag des Generalarztes Villaret-Frankfurt a. M. allen deutschen Staatsregierungen zugestellt werden.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, auf die der Referent in seinem Vortrage ausführlich einging, datiert vom 13. April 1905. Das Oberverwaltungsgericht erklärt darin, daß die Verwendung von Kassenmitteln für die Entsendung von Vertretern zu Vereinen und Kongressen nicht möglich sei, „da auf die Beschädigung von Volksgeldern und anderen Krankheiten abzielen“. Das wäre nur möglich, wenn § 29 des Krankenversicherungsgesetzes eine andere, von dem Zentralverbande der Ortskrankenkassen angeregte Fassung erhalte. Uebrigens aber „bedürfte es zur Leistung von Ausgaben, die als Verwaltungskosten zu beurteilen sind, nicht erst der besonderen statutarischen Ermächtigung“. Demnach ist selbst nach diesem Oberverwaltungsgerichtsurteil die Aufwendung von Kassenmitteln für hygienische Bestrebungen und demnach auch für Teilnahme an Kongressen zulässig, jedoch wäre von Fall zu

Fall zu entscheiden, ob die Ausgabe sich im Rahmen der Verwaltungskosten halte. Hierüber besagt das Amtsgericht Bielefeld in seiner Entscheidung vom 10. November 1904 (bestätigt vom Landgericht Bielefeld am 22. Mai 1905) zutreffend: „Bei der Wichtigkeit, die den Krankenkassen im Gesamtbild unserer Arbeiter- und Arbeiterinnenversicherung zukommt, ist es von größter Bedeutung für die zweckmäßige Tätigkeit der Kassen, daß das Verständnis für die Zwecke und die Aufgaben der Kassen unter den Mitgliedern geweckt und gefördert, sowie daß gerade die Vorstände der einzelnen Kassen über die Lage der Gesetzgebung und über andere aktuelle, das Kassentreiben berührende Fragen unterrichtet und auf dem Laufenden erhalten werden. Ohne Zweifel ist aber die Beschäftigung wichtiger Kongresse sehr geeignet, hierzu beizutragen. Andererseits ist zu berücksichtigen, ob die Größe der Kasse nach der Zahl der Mitglieder und dem Umfang ihres Vermögens sowie die jedesmalige Vermögenslage der Kasse die Verwendung der Gelder für diese Beschäftigung zu den aufgewandeten Beträgen als angemessen erscheinen lassen.“

In demselben Sinne haben wiederholt Aufsichtsbehörden entschieden, so im vergangenen Jahre unter dem 1. April 1905 die bayerische Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, zu Speier. Es war nämlich gelegentlich der Revision der gemeinsamen Ortskrankenkasse Zweibrücken durch die Aufsichtsbehörde beantragt, daß 101,40 M. Delegiertenkosten im Jahre 1904 verausgabt wurden, da diese Ausgabe nach § 29 des Krankenversicherungsgesetzes unzulässig erscheine. Auf Antrag der Kasse erging darauf nachstehende Entscheidung:

„Es besteht keine Erinnerung dagegen, wenn durch Beschluß der Generalversammlung die Kosten von 101,40 M., welche durch Entscheidung von Abgeordneten zu der in München stattgehabten Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen Deutschlands, sowie zu dem 4. pfläzischen Krankentag in Neustadt a. S. erwachsen sind, auf die Ortskrankenkasse zu Zweibrücken übernommen werden.“

Im Gegensatz dazu forderte in Hamburg die Aufsichtsbehörde von den Vorstandsmitgliedern der Ortskrankenkasse für Bureau-Angestellten die Erstattung von 30 M., die zur Beschäftigung des Ortskrankentages in Hamburg erwachsen waren und drohte an, die Einziehung durch Ordnungsgeldstrafen zu erzwingen. Die Vorstandsmitglieder zahlten und verlangten dann im Klagewege Rückerstattung. Das Oberlandesgericht in Hamburg gab dieser Klage unter dem 28. November 1904 statt. Das Reichsgericht hob das Urteil wegen Inzulässigkeit des Rechtsweges unter dem 13. Oktober 1905 auf. Ueber die Frage der Verwendung von Kostengeldern zu den mehrfach erwähnten Zwecken ließ es sich nicht aus. Das Reichsgericht skizzierte den formalen Rechtsstandpunkt dahin: greift die Aufsichtsbehörde mit dem Verlangen auf Rückerstattung ein, so gab es vor der letzten Krankentagssitzung nur den Beschwerdeweg, seitdem auf Grund des § 45 des R.-V. G. das Verwaltungsstreitverfahren. Darüber, ob die Aufsichtsbehörde formell berechtigt ist, von Vorstandsmitgliedern Rückerstattungen zu verlangen, hat sich das Reichsgericht nicht ausgelassen. Man wird mit den zitierten Bielefelder Entscheidungen anzunehmen haben, daß Rückerstattungen nicht im Verwaltungsstreitverfahren, sondern im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen sind.

Der Vortrag und die Uebersicht der wesentlichsten im letzten Jahre zu der Frage erlassenen Entscheidungen ergibt, daß die Kassen berechtigt sind, Gelder zur Beschäftigung hygienischer Kongresse und zur Vorbeugung gegen Krankheiten zu verausgaben, daß aber von Fall zu Fall zu prüfen ist, ob die Verausgabung den Verwaltungskosten zuzurechnen sind. Eine bessere Klarstellung des Rechts der Kassen durch die Gesetzgebung wäre erwünscht. Erwünscht war, daß die Notwendigkeit eines weiteren Möhrens für die Kassen so einhellig auf dem Kongreß betont wurde und daß der anwesende Generalarzt es für erforderlich hielt, den Regierungen Mitteilung von der Resolution zugehen zu lassen.

Gewerkchaftliches.

Polizeiliche Maßregelung.

Zu den geplagtesten Menschen in der Reichshauptstadt mit gehört der Droschkenfahrer. Wer das Leben und Treiben an einem unserer Hauptverkehrspunkte betrachtet, wird zugestehen müssen, daß es nicht zu den Kleinigkeiten gehört, dort ein Fuhrwerk ohne Gefahr für sich und andere hindurchzulassen. Der Berliner Droschkenfahrer muß aber sein Fahrzeug nicht allein durch ein Gewitz von Fuhrwerken, Postkutschen, Straßenbahnen, Radfahrern, Omnibussen und Automobilen steuern, sondern durch ein schlimmeres von — Straßaparaphen! Dabei hat er nicht Zeit, dieselben erst mit der Ruhe nachzuschlagen, mit der sie auf dem Polizeipräsidium geschaffen werden konnten, sondern er muß seinen ungeduldrigen Fahrgast ungefährmt und auf geradem Wege zum Ziele führen.

Nun sind Regeln, nach denen der großstädtische Verkehr sich zu gestalten hat, unerlässlich, soll er überhaupt möglich sein. Daß aber die Berliner Droschkenfahrer, seien es die mit der Peitsche in der Hand, seien es die mit Staubbrille und Suppe, den Verkehr mutwillig gefährdeten, wird niemand zu behaupten wagen. Wir haben nie beobachtet, daß einmal ein Droschkenfahrer seiner schlimmsten Konkurrenz Ungelegenheiten bereite und etwa die Straßenbahn am Weiterkommen hinderte. Das nehmen sich meist nur an das Berliner Pflaster und die Regeln des großstädtischen Verkehrs noch nicht gewöhnte Ausfächer von Schwerverkehr heraus, die noch vor kurzem hinter dem Pfluge gingen. Weicht der Berliner Droschkenfahrer nicht richtig und rechtzeitig aus, dann kann er es nicht, durch Hindernisse selbst in der Bewegungsfreiheit gehemmt. Und seine Ehrlichkeit und sein Entgegenkommen gegen das Publikum sind über die Berliner Grenzen hinaus weit bekannt. Daß der Berliner Droschkenfahrer von den Beamten des Polizeipräsidiums in seinen Umgangsformen übertroffen wird, hat noch niemand zu behaupten gewagt.

Trotzdem hagelt's auf das Haupt des Schwerbetroffenen Strafen über Strafen!

Droschkenfahrer und Droschkeneigentümer sind sich darüber einig, daß hier Zustände eingerissen sind, deren Weiterdauer für die Betroffenen nicht zu ertragen sei. Sie haben das wiederholt in Versammlungen festgesetzt und sie haben die zuständigen Behörden in Eingaben um Abhilfe ersucht.

Nun hat der Polizeipräsident von Berlin dem Verband der Fuhrwerksbesitzer-Vereine so etwas zugehen lassen, was er vielleicht als eine Rechtfertigung der polizeilichen Maßnahmen ansehen mag, was aber Fuhrwerksbesitzer und Fuhrer von ihrem Standpunkt aus sicher als eine Verhöhnung ihrer Notlage auffassen werden.

Ueber die enorme Menge der Strafen schriftstellerl. Herr Polizeipräsident:

Von den im Detropolizeibezirk Berlin vorhandenen 8800 Droschkenfahrern sind im Jahre 1905 circa 2200 Ausfächer mit 3478 Strafen belegt worden, so daß zwei Drittel der Ausfächer überhaupt nicht bestraft worden sind.

Damit will Herr v. Borries die — Nachsichtigkeit der Polizei beweisen! — Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf: In Berlin existiert also eine zu Laufenden zählende Kategorie von ehrlich ihr Brot erwerbenden Menschen, von denen der dritte Teil jährlich den

Schlingen polizeilicher Reglementierung sucht verfallt! Daß denen dabei die Geduld ausgehen muß und sie einmal — wie am 26. und 27. Februar — im wahrsten Sinne des Wortes alle Näder still stehen lassen, wird außer dem Herrn Polizeipräsidenten jeder begreifen.

Dieser begriff es nicht! — Er wütet: „Dem Wunsche, den Vertretern des Verbandes erneut Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen gegen die Droschkenordnung auch mündlich bei mir vorzubringen, vermag ich mit Rücksicht auf den Streit der Droschkenfahrer am 26. und 27. Februar, welcher die öffentliche Ordnung gefährdete und auch von einer größeren Anzahl Fuhrerinnen gebilligt und sogar unterstützt worden ist, nicht zu entsprechen. Aus demselben Grunde sehe ich mich genötigt, von der beantragten Erhöhung der Droschkentaxe, der ich bisher im allgemeinen wohlwollend gegenüber gestanden habe, vorläufig abzusehen, da ich nach den Vorkommnissen am 26. und 27. Februar, an welchen Tagen das Droschkengewerbe auf eine Einnahme von mehreren hunderttausend Mark freiwillig verzichtet hat, nicht mehr die Ueberzeugung habe, daß das Droschkengewerbe sich in der behaupteten wirtschaftlichen Notlage befindet.“

Also sachlich hält Herr v. Borries eine Erhöhung der Droschkentaxe für gerechtfertigt, er will aber vorläufig davon absehen, weil die Berliner Droschkenfahrer gegen den polizeilichen Stachel gelöst haben. In den Maßregelungen durch seine Beamten fügte er die Maßregelung des Chefs. In seinem Latendrange will er nicht hinter dem letzten Schutzmann zurückbleiben.

Wollten wir Herrn v. Borries genügend kennzeichnen, wir könnten es nicht, ohne gegen den § 185 zu verstößen. Aber wir können dem Herrn Polizeipräsidenten einen Straf-antrag und uns den Gang nach Roabit ersparen. Wir überlassen die Kritik des Herrn Polizeipräsidenten Herrn v. Borries. Durch die Begründung seines Verhaltens hat er sich selbst charakterisiert!

Berlin und Umgegend.

Holzarbeiter. In 10 Werkstätten der Nützlichbranche haben 60 Arbeiter am gestrigen Tage die Arbeit eingestellt wegen Nichtbewilligung der von ihnen gestellten Forderungen auf Erhöhung der Alfordpreise um 7½ Proz. Die Meister wollen heute, nachdem sie gestern abend gemeinsam Stellung zu den Forderungen genommen haben, mit den Streikenden in Verhandlung treten.

Streik der Wöttcher. Kürzlich hatten die in den Berliner Bierfabriken beschäftigten Wöttcher ihren Arbeitgebern die Forderung auf Erhöhung des Wochenlohnes von 90 auf 83 M. und Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden täglich unterbreitet. Außerdem verlangten sie einen 10. bis 16. prozentigen Lohnaufschlag für die üblichen Alfordarbeiten. Mit der schriftlichen Uebermittlung dieser Forderungen waren die Arbeitgeber gleichzeitig erwidert worden, dem Ortsvorstand der Wöttcherorganisation bis zum 10. März Antwort zu lassen, ob sie zur Bewilligung resp. zu Verhandlungen geneigt seien. In ihrem Hochmut hat es den Herren Arbeitgebern jedoch beliebt, die Organisationsleitung überhaupt keiner Antwort zu würdigen. Dies Verhalten der Arbeitgeber, sowie der Umstand, daß gerade in den Bierfabriken die schlechtesten Arbeitsverhältnisse für Wöttcher herrschen, veranlaßte am Sonntag eine fast bejauhte Wöttcherversammlung zu einem sofortigen energischen Vorgehen. Mit allen gegen nur fünf Stimmen wurde beschlossen, am Montag, den 12. März, die Arbeit in diesen Betrieben nicht wieder aufzunehmen und durch Streik die Arbeiter resp. Innungsmeister zum Nachgeben zu zwingen. Dieser Beschluß ist gestern morgen von sämtlichen Beteiligten auch prompt ausgeführt worden. In Betrodch kommen 118 Wöttcher bei 12 Firmen.

Die Hausdioner, Packer und Fahrer der Papier- und Pappengroßhandlungen waren am Sonntag äußerst zahlreich bei Feuerstein versammelt, um den Bericht des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter über den Verlauf der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Die Situation hat sich für die Arbeitnehmer sehr günstig entwickelt. Bis Freitag, den 9. März, hatten 23 Firmen die Forderung der Arbeiter auf Erhöhung des Lohnes als berechtigt anerkannt. Diefen Firmen hatten sich bis Sonnabend noch 11 weitere angeschlossen, so daß jetzt 34 Firmen ihren Arbeitern einen um 1-3 M. erhöhten Lohn sowie Sommerurlaub bei Weiterzahlung des Lohnes und anderes mehr bewilligt haben. Eine Resolution, welche die Vertagung der Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen ausdrückte, wurde angenommen.

Achtung, Gärtner und Gartenarbeiter! Bei der Landschaftsgärtnereifirma Leo Stäbeken, Südenbe, Steglitzerstr. 15, ist es infolge Maßregelung von drei Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation zu Differenzen gekommen, die trotz sofort angebotener Vermittlung von seiten der Organisation zu keinem Ausgleich führten. Die genannte Firma ist also für Organisierte gesperrt.

Bei der Firma O. Blah, Charlottenburg, Straße 65, am Tegeleerweg, sind Differenzen ausgebrochen. Die Gehülfen haben die Arbeit einmütig niedergelegt und bleibt die Firma bis auf weiteres gesperrt.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Deutsches Reich.

Der Streik der Löhner in Posen ist jetzt nach achtzehntägiger Dauer beendet. Die Gehülfen nehmen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder auf. Diesen langwierigen Kampf haben die Posener Löhner führen müssen, um den von den Arbeitgebern — der Posener Löhnerinnung — begangenen Vertragsbruch abzuwehren, durch welchen den Arbeitern zugemutet wurde, um 10 bis 15 Prozent unter den tariflich vereinbarten Löhnen zu arbeiten. In der Scharfmacherpresse hat sich niemand gefunden, der über diesen Vertragsbruch der Unternehmer gezeckert hätte.

Buchdruckerstreik in Thorn. Das gesamte Personal der Buchdruckererei Hoppe in Thorn — Thorer „Ostdeutsche Zeitung“ — Seger, Drucker und Stereotypsetzer, ist ausständig. Es handelt sich um die Einführung des deutschen Buchdruckerstoffs.

Russland.

Gewerkschaftslosten und Politik in England.

London, 10. März. Die vielfach umstrittene Frage, ob es gesetzlich sei, die Ausgaben für parlamentarische Arbeitervertretung aus den Gewerkschaftslosten zu decken, wurde gestern vom Richter Owen in Cardiff entschieden. Der Verband der Bergleute in Südwales beschloß im Jahre 1901 mit Zweidrittelmehrheit, eine Extrastuer von einer Mark jährlich für politische Zwecke zu erheben. Ein Verbandsmitglied, das von solchen Zwecken nichts wissen will, wandte sich im vorigen Jahre an das Gericht mit dem Erluchen, die Erhebung einer solchen Steuer als ungesetzlich zu erklären, da Gewerkschaftswesen und Politik nicht mit einander zu tun hätten. Er meinte, politische Arbeitervertretung sei im Gewerkschaftsgesetz nicht vorgesehen; die Satzungen der Gewerkschaften dürften deshalb beantragte Bestimmungen nicht enthalten. Die gerichtliche Verhandlung fand vor zwei Wochen statt, aber der Richter erbat sich einige Zeit, die einschlägigen Gesetze und Urteile genauer durchsehen zu können, da der Prozeß eine große politische Bedeutung habe. Der Richter gab gestern sein Urteil dahin ab, daß die Klage abgewiesen werden müsse, denn die politische Förderung der Gewerkschaftsinteressen verstoße nicht gegen das Gesetz.

Verfammlungen.

Erklärung. In Nr. 57 des „Vorwärts“ vom Freitag, den 9. März wird vom Genossen G. Bernhardt die Mitteilung des Vorstandes in der Generalversammlung des zweiten Wahlkreises vom 6. d. M. über seine Mitgliedschaft bestritten. Von ihm schriftlich aufgefordert, öffentlich richtig zu stellen, komme ich dem nach:

Es ist weder dem Bezirksführer, noch dem Vorstand eine Mitteilung über das Ausscheiden Bernhards aus dem Wahlverein gemacht worden. B. bezahlte seine Beiträge (in letzter Zeit nicht selbst, sondern durch einen anderen Genossen) an den Bezirksführer bis in den Dezember 1904. Von da ab unterließ er es.

Der Vorstand erhob deshalb keinen Vorwurf, bemähte sich auch nicht darum, ob Genosse B. anderswo organisiert ist, weinte ihm aber auch keine Träne nach. Wie der Vorstand zu seiner öffentlichen Mitteilung kam? — Veranlaßt durch das Urteil im „Plutus“-Artikel über die Forderungen des Bundes der Landwirte wurden mehrere schriftliche und mündliche Anfragen an den Vorstand gerichtet, ob Genosse B. noch Mitglied des Wahlvereins oder ob er im Bund der Landwirte organisiert sei. Nun sah sich der Vorstand veranlaßt, alle diese Fragen dadurch zu erledigen, daß er den Mitgliedern in der Versammlung zur Kenntnis gab, daß Genosse B. nicht mehr Mitglied, sondern freiwillig ausgeschieden sei, dadurch, daß er keine Beiträge mehr zahlte. Der Vorstand glaubte, dadurch seien alle diese Fragen erledigt.

G. Werner, Vorsitzender.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Grubenkatastrophe von Courrières.

Leus, 12. März, nachmittags 1 Uhr. (W. T. V.) Seit gestern sind in den Kohlengruben von Courrières alle Rettungsarbeiten eingestellt, weil die Rettungsmannschaften durch die Ausdünstungen der Leichen und die giftigen Gase, die sich in den Gruben angesammelt haben, gefährdet werden, und weil der die Rettungsarbeiten leitende Ingenieur eine neue Explosion befürchtet. Ebenso befürchtet man, daß Luftzuführung den Brand, dessen Stelle man nicht kennt, noch mehr entzündet. Infolge der Schwierigkeit der Rettungsarbeiten sind nur 90 Leichen zutage gefördert worden. Die Rettungsarbeiten werden erst am Mittwoch wieder aufgenommen werden, weil morgen die Beerdigung der geborgenen Leichen stattfinden soll. Von den aus dem Schacht 4 geborgenen 39 Leichen sind viele bis zur Unkenntlichkeit entstellte, während die aus den Schächten 2 und 10 herausgeführten Leichen sämtlich erkennbar waren, da hier die Unglücklichen durch Erstickten umgekommen sind.

Spenden für die Hinterbliebenen.

Paris, 12. März. (W. T. V.) Kürst v. Radolin überreichte dem Ministerpräsidenten Rouvier im Namen des deutschen Hilfsvereins 2000 Frank für die Hinterbliebenen der Opfer des Unglücks.

Paris, 12. März. (W. T. V.) In einer heute hier abgehaltenen Versammlung der Kohlengrubengesellschaften wurde der Beschluß gefaßt, fürs erste die Summe von 200 000 Frank zur sofortigen Verteilung an die Familien der Opfer der Katastrophe von Courrières abzugeben.

Paris, 12. März. (W. T. V.) Der Stadtrat von Paris hat die Summe von 25 000 Frank für die Familien der Opfer des Grubenunglücks von Courrières bewilligt.

Neue Opfer des Grubenunglücks.

Lille, 12. März. (W. T. V.) Siebzehn Personen sind bei den Rettungsarbeiten in Courrières ums Leben gekommen. Die Bergleute schätzen die Gesamtzahl der Opfer auf 1300 bis 1400.

Opfer des Sturmes.

Hamburg, 12. März. (W. T. V.) Bei der hier herrschenden Sturmflut trieb heute abend während der Arbeiterbeförderung ein mit 150 Arbeitern und Arbeiterinnen besetzter Rähedampfer gegen die Niederbaumbrücke. Hierbei wurde eine Arbeiterin zwischen der Brücke und der Außenwand der Kajüte todschmettert, eine zweite Arbeiterin lebensgefährlich, sowie zwei Arbeiter leicht verletzt.

Sehn Menschen ertrunken.

Budapest, 12. März. (W. T. V.) Infolge Sturmes ist heute mittag auf der Donau ein Boot geteert, in welchem sich 15 Personen befanden. Fünf Personen konnten sich retten, während die übrigen ertranken.

Massenvergiftung.

Reichenberg, 12. März. (W. T. V.) In der böhmisch-sächsischen Gegendgemeinde Wittig bei Strakonitz sind gestern gegen 60 Personen nach dem Genuße von Kuchen, den ein Bäcker dieses Ortes gebacken hat, schwer erkrankt. Ein Anabe ist bereits gestorben.

Die Politik des Wettrüstens.

London, 12. März. (W. T. V.) Unterhaus. Alden (liberal) stellt die Frage, ob die Regierung angesichts der Tatsache, daß Deutschland dem Beispiel Englands folgend, eine umfassende Vermehrung seiner Streitkräfte beschlossen habe, die erste günstige Gelegenheit ergreifen würde, um an die deutsche Regierung wegen einer gleichzeitigen Verminderung der Rüstungen heranzutreten. Premierminister Campbell-Bannerman erwidert: Ich nehme an, daß die Vermehrung der deutschen Flotte von den Gesichtspunkten abhängt, die die deutsche Regierung für die Bedürfnisse des Deutschen Reiches und des deutschen Handels für maßgebend erachtet. Ich habe meine Meinung zugunsten einer allgemeinen Verringerung der Rüstungen offen ausgesprochen und kann dem Hause die Versicherung geben, daß keine sich bietende günstige Gelegenheit unbenutzt gelassen werden wird, um ein solches Ergebnis zu erleichtern.

Ausnahmebestimmungen für Juden.

Petersburg, 12. März. (W. T. V.) Der Minister des Innern verfügt, daß alle in Staatsfabriken beschäftigten Juden zu entlassen seien, wenn sie sich irgend verdächtig machen.

Gefangenenerbeute in Warschau.

Warschau, 12. März. (W. T. V.) Von einem Spezial-Korrespondenten in dem hiesigen Kriminalgefängnis kam es heute zu einer Revue. Militär stellte die Ordnung wieder her, wobei einige Sträflinge durch Gewehrschüsse verwundet wurden.

Christliche Fräulein.

Lodz, 12. März. (W. T. V.) In Stradow bei Lodz kam es heute zu einer Schlägerei, die einen religiösen fanatischen Charakter trug und bei der die Anhänger der Sekte Mariaviten ihrer katholischen Gegner töteten.

Wie verhaftet wurde.

Tiflis, 12. März. (Petersb. Tel.-Agent.) Der Volkscidich ließ während seiner Rundreise durch die Provinz Kutais 150 Personen in Freiheit setzen, bezüglich dreihundert anderer, die wegen Teilnahme an dem Eisenbahnstreik oder an den Unruhen festgenommen sind, beauftragte er die Gendarmenoffiziere, eine schnelle Untersuchung anzustellen.

Die Fenster an der Arbeit.

Winsk, 11. März. (Petersb. Tel.-Agent.) Das Bezirksgericht in Bobruisk urteilte 23 Soldaten des Strafbataillons ab, die sich des Versuches der Meuterei schuldig gemacht haben. Dreizehn wurden zum Tode, die übrigen zu 20, 15 oder 3 Jahre Zuchthaus verurteilt.

Entdeckte Bombenfabrik.

Berditschew, 12. März. (W. T. V.) Bei dem hiesigen Advokaten Buch wurde eine Bombenfabrik entdeckt; es wurden neun fertige Bomben vorgefunden.

Reichstag.

68. Sitzung vom Montag, den 12. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Schulz. Die Debatte über den Etat des Reichseisenbahnamtes wird fortgesetzt beim Titel „Besalt des Präsidenten“.

Abg. Jäger (3.) (auf der Tribüne fast völlig unterständig) scheidet über die Möglichkeit zu sprechen, den englisch-indischen Verkehr, der jetzt über Paris und Genf geht, durch Süddeutschland zu leiten.

Präsident Dr. Schulz antwortet auf die Anfragen der Abg. Storz und Jäger bezüglich der internationalen Eisenbahnprojekte.

Abg. Graf Kanitz (2.) kritisiert die Rentabilitätsberechnungen der verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen. Einer Verkehrsmittelgemeinschaft stehen zweifellos sehr große Schwierigkeiten gegenüber.

Ich bin sehr gespannt, wie diese Frage gelöst werden wird; das es bis zum 1. Oktober möglich sein wird, glaube ich nicht. — Was die vorgelegenen neuen Personentarife anlangt, so ist mir der Sprung von der ersten Klasse mit 7 Pfennigen bis zur zweiten Klasse mit 4 1/2 Pf. zu groß; er steht in gar keinem Verhältnis zu den Unterschieden zwischen den übrigen Klassen.

In Deutschland sind die Personentarife schon heute außerordentlich billig — nur in Rußland und Oesterreich-Ungarn sind sie billiger — und ich sehe wirklich keine Notwendigkeit, sie noch mehr zu ermäßigen. Weit wichtiger ist eine Verringerung der Gütertarife. Ganz unbillig sind die abnorm billigen Personentarife im Vorortverkehr, die das Anwachsen der Großstädte nur begünstigen.

Was schließlich die von der Steuerkommission beschlossenen Kilometerzuschläge anlangt, so muß ich für meine Person erklären, daß ich diesen Vorschlag bedaure. Ich erwarte als Folge eine außerordentliche Schmälerung der Erträge unserer Eisenbahnen; denn die Verteuerung der Fahrarten wird dazu führen, daß viele Reisende von der ersten Klasse in die zweite, von der zweiten in die dritte usw. übergehen.

Ich hoffe, daß in der weiteren Beratung der Kommission noch ein Ersatz für diese Kilometerzuschläge gefunden werden wird. (Waboo! rechts.)

Abg. Baffermann (natl.) hofft, daß sich die Großschiffahrt auf dem Rheinstrome aufwärts noch weiter verlängern lassen als es bisher gebräuchlich ist.

Abg. Schrader (fr. Bg.): Durch die Rede des Abg. Stolle fühle ich mich veranlaßt, einmal

die Unfälle in der letzten Zeit

zusammenzustellen. Ueber das Resultat war ich doch erschreckt: Seit dem August des vergangenen Jahres haben auf den preussischen Bahnen ein halbes Duzend Unfälle mit zusammen 25 Toten und 16 Schwerverwundeten stattgefunden! (Hört! hört! links.)

Der Herr Präsident des Reichseisenbahnamtes sollte dieser Erscheinung doch einmal gründlich nachgehen. Heute werden, wenn ein Unfall stattgefunden hat, diejenigen bestraft, die an letzter Stelle schuldig sind, statt daß man die ganzen Einrichtungen einer Kritik unterwirft.

Die Diskussion allein tut es nicht. Man muß darauf achten, daß nicht ein leichtes Versehen gleich ein großes Unglück hervorruft. Deshalb dürfen vor allem die Strecken nicht überlastet werden. Herr Graf Kanitz ist Gegner des Vorortverkehrs, aber er sollte doch daran denken, daß viele Landwirte dadurch großen Vorteil haben.

Schon jetzt sind viele Gütern der West-Brandenburg Millionen geworden. (Zuruf: Schöneberger! Heiterkeit.) Berlin wird auch ohne den Vorortverkehr ebenso wachsen, wie jetzt, aber es würde mehr zusammengebrängt werden als jetzt. (Sehr richtig! links.)

Der Bundesrat hat die Verpflichtung, die Beschlüsse des Reichseisenbahnamtes auszuführen; denn der Bundesrat hat die Exekutive. Weiler hat aber das Reichseisenbahnamt gegenüber dem preussischen Ministerium nur wenig Autorität. Möge doch das Deutsche Reich von seinen Rechten auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens einmal Gebrauch machen, dann wird es vorwärts gehen.

Als in Läden die Privatbahn bei einem Niveauübergang einmal den Forderungen, die an sie gestellt wurden, nicht nachkommen wollte, sagte man ihr sofort, dann würde das Reichseisenbahnamt eingreifen. Warum macht man es gegen Preußen nicht gerade so? (Weiß! links.)

Abg. von Gotha (Soz.):

In den Landtagen von Weimar, Gotha, Altenburg, Meiningen und Lippe ist vor kurzem der Beschluß gefaßt worden, die dortigen Eisenbahnzustände im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Infolge des rücksichtslosen Vorgehens seitens Preußens haben sich dort unhaltbare Zustände herausgebildet. Die kleinen thüringischen Staaten werden von Preußen in jeder Beziehung benachteiligt.

Die Klagen darüber datieren seit vielen Jahren, haben aber bisher nicht die geringste Berücksichtigung gefunden. Verschiedene Bahnbauten, die private Gesellschaften ohne jeden Zuschuß ausführen wollten, hat Preußen verboten. Und als es sie dann selbst in die Hand nahm, hat es circa 1/2 Million dafür beansprucht.

Eine besondere Klage ist auch die, daß nach einem Gesetz von 1870 sämtliche preussischen Eisenbahnbeamten, die in den kleinen thüringischen Staaten wohnen, ihre Steuern nach Preußen zahlen. Das macht für Gotha jährlich die für einen so kleinen Staat geradezu horrende Summe von 60 000 M. aus.

Alle Parteien ohne Unterschied sind sich darin einig, daß dieser Zustand nicht bestehen bleiben darf und daß, wenn nötig, das Gesetz geändert werden muß. Als es erlassen wurde, gab es in Gotha vielleicht 30 bis 40 solcher Beamte, jetzt circa 1000. Selbst ein nationalliberaler Abgeordneter bezeichnete es im Weimarer Landtag als himmelschreiendes Unrecht, daß diese Beamten alle öffentlichen Einrichtungen in Gotha, die Schulen usw. benutzen, und ihre Steuern nach Preußen zahlen.

Auch der ganze Betrieb der preussischen Bahn ist in diesen kleinen Staaten steuerfrei. In Preußen herrscht der Grundsatz: Erst komme ich, dann komme ich noch einmal, dann noch ein paar Mal und dann die kleinen „Bundesgenossen“. (Heiterkeit.) Ich will an einigen recht drastischen Fällen die preussische Eisenbahnpolitik beleuchten.

Die Städte Arnstadt und Gotha haben schon seit vielen Jahren ein Komitee gebildet, um eine Eisenbahnverbindung zwischen diesen beiden Orten herbeizuführen. Das Komitee hat sich an die Eisenbahndirektion gewendet, ist von da an den Minister gewiesen und von diesem abgewiesen worden.

Dann hat eine Privatgesellschaft sich bereit erklärt, den Bau ohne irgendwelche Zuschüsse zu übernehmen, weil diese Strecke unter allen Umständen rentiert. Aber die preussische Eisenbahnverwaltung hat die Bauverabreichung nicht erteilt! Das Komitee war der Meinung, die abschlägige Antwort könnte vielleicht an den Personen der betreffenden Gesellschaft liegen.

Es hat sich eine zweite Eisenbahngesellschaft, die etwas vertrauter mit dem Eisenbahnministerium stand, bereit erklärt, den Bau zu denselben Bedingungen auszuführen; aber auch sie wurde abgewiesen. Selbst eine Audienz beim Minister wurde nicht gewährt.

In derselben Zeit oder fand eine Audienz beim Minister statt, in der eine Bahn Erfurt—Arnstadt genehmigt wurde. Die preussische Eisenbahnverwaltung ist eben bestrebt, den ganzen Verkehr nach Erfurt zu leiten, und alle Interessen der kleinen Staaten müssen demgegenüber zurückstehen. An welche Instanz sollen sich die kleinen Staaten nun wenden? Doch an das Reichseisenbahnamt! Wir sind deshalb der Meinung, daß das Reichseisenbahnamt mit viel mehr Befugnissen ausgestattet werden muß.

Wir sind keine Partikularen, keine Preußenfresser, meinen aber, daß die Art, mit der Preußen gegen die kleinen Staaten verfährt, jeder Beschreibung spottet. Auch die Sonntagsschaffarten sind von Gotha aus teurer als von Erfurt. Das ist doch eine ganz kleine, niedrige und mehr als soziale Art, auf Kosten kleiner Staaten Preußen Einnahmen zu verschaffen. Dabei sieht dieses Verfahren der preussischen Eisenbahnverwaltung mit den vorliegenden Staatsverträgen gar nicht im Einklang. Die kleinen

Staaten Weimar, Gotha, Meiningen befinden sich Preußen gegenüber in einer Zwangsjacke. Es geht ihnen gut oder schlecht, je nachdem Preußen diese locker läßt oder nicht. Da rede man uns doch nicht von Preußen als einem Bundesstaat; denn Preußen allein hat ja zu sagen, es ruiniert die kleinen Staaten wirtschaftlich und finanziell.

Dabei ist das Herzogtum Gotha Preußen mit aller Kulanz entgegengekommen. Zwei sehr rentable Bahnen sind abgegeben. Wo ist der Dank des Hauses Hohenzollern? Der preussische Adler ist uns gegenüber zum Geier geworden. Es ist gefaßt worden, Preußen habe 80 Millionen für die Bahnen in den Kleinstaaten ausgegeben. Es werden das wohl ausschließlich Bahnen sein, die lediglich im preussischen Interesse gebaut sind.

Dann hat Preußen dieses Geld aber für sich selbst ausgegeben. Der Abg. Vassermann hat ein Loblied auf die vierte Wagenklasse gesungen, in das wir nicht einstimmen können. In Bayern und Württemberg ist die dritte Wagenklasse nicht teurer als bei uns die vierte. Es ist doch ein unglaublicher Zustand der Kultur, daß der, der 14, 18 und 20 Stunden fährt, auch noch stehen soll. Das fahren in der vierten Klasse ist in der Tat nichts anderes als eine reine Lotterie.

Der eine Reisende muß stehen, während sein Nachbar sitzt. In Preußen freilich würde man sich wohl auch nicht daran stoßen, noch eine fünfte Wagenklasse zu schaffen. Wir sind ganz entschiedene Gegner der vierten Klasse. Nach unserer Ansicht genügen zwei Klassen vollkommen, noch besser würde es sein, überhaupt nur eine Klasse zu haben.

Der Abg. Erberger hat seine Verdringung über die Arbeitsverhältnisse in Glash-Lothringen ausgesprochen. Wenn die Verhältnisse dort wirklich so gut sind, so sollte Herr v. Budde sich der preussischen Arbeiter doch auch einmal in ähnlicher Weise annehmen. Eine Petition von Lokomotivpersonal und Bahnhofsbeamten ist vor kurzem in der Kommission des Abgeordnetenhauses beraten, die Regierung selbst hat dort anerkannt, daß die Wünsche der Lokomotivbeamten berechtigt wären, trotzdem ist den Petenten selbst von der Verwaltung mitgeteilt worden, daß ihren Wünschen nicht entsprochen werden konnte.

Da sollte doch mit der preussischen Verwaltung einmal ein ernstes Wort gesprochen werden. Ich hoffe, daß das Reichseisenbahnamt dafür sorgen wird, daß insbesondere den Wünschen Thüringens einigermassen Rechnung getragen wird. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Schulz: Der Herr Vorredner hat die preussische Eisenbahnverwaltung nach verschiedenen Richtungen, insbesondere bezüglich ihres Vorgehens in bezug auf den Bau neuer Eisenbahnen, getadelt. Ich werde sorgfältig prüfen, inwieweit die einzelnen Punkte in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten vielleicht unter die Zuständigkeit des Reiches fallen. Dem Herrn Abg. Schrader sage ich für seine Belehrung auf staatsrechtlichem Gebiete verbindlichsten Dank, kann mich aber seinen staatsrechtlichen Ausführungen keineswegs rundweg anschließen.

Abg. Kirsh (3.) wünscht eine Reform des Wohnungsgeldzuschußsystems.

Abg. Hieber (natl.) beklagt die Schwierigkeiten, die sich der Verkehrsmittelgemeinschaft entgegenstellen haben.

Abg. Raempf (fr. Bg.) wünscht, daß der Vorredner innerhalb seiner Fraktion dafür sorgen möchte, daß alle Pläne auf Verteuerung des Verkehrs, sei es durch die Vorkaufstempel, sei es durch den kilometerweisen Zuschlag, zu Falle kommen, und geht dann auf die Revision der Eisenbahnverkehrsordnung ein.

Präsident Dr. Schulz: Ich kann bestätigen, daß eine Umarbeitung der Eisenbahnverkehrsordnung vorgenommen ist. Die jetzige Verkehrsordnung beruht noch auf dem alten Betriebsreglement aus dem 70er Jahren, die nur infolge des Inkrafttretens des Handelsgesetzbuches geändert ist. Der neue Entwurf ist im Dezember vergangenen Jahres den maßgebenden Bundesregierungen zugegangen, er wird noch im Laufe dieses Jahres einer kommissarischen Beratung im Reichseisenbahnamt unterzogen werden.

Abg. Gotthein (fr. Bg.): Ich muß eine Frage heute wiederholen, die ich bei Gelegenheit meiner Interpellation über die Zollverhältnisse an der russischen Grenze gestellt habe: Am 10. Februar hat plötzlich die Eisenbahndirektion Bromberg in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Direktion des niederländisch-deutsches-russischen Verkehrs einen Ums veröffentlicht, wonach die Ueberfrist um zehn Tage verlängert wurde. Wie kam die Eisenbahndirektion Bromberg dazu, eine derartige Verfügung zu erlassen, welche die Interessen der deutschen Verkehrler auf das ärgste schädigt? Bei dieser Verfügung sind augencheinlich allein fiskalische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Es ist geradezu stimmelschreiend, daß die Bromberger Direktion einfach die Befehle Rußlands ausführt.

Präsident Dr. Schulz: Die Ursache der Verzögerung an der russischen Grenze lag an den russischen Zollbehörden, wie der Abg. Gotthein bei Gelegenheit seiner Interpellation anerkannt hat, insbesondere daran, daß das russische Zollamt es ablehnte, Nachschichten einzurichten. (Hört! hört!) Wenn die Bromberger Direktion daraufhin die im niederländisch-deutsches-russischen Vereinbarkeiten festzulegenden Fristen verlängert hat, so ist die Schädigung der deutschen Exporteure, die ich an sich gar nicht leugnen will, nicht durch diese Fristverlängerung bewirkt, sondern eben durch die Verzögerung der russischen Zollabfertigung und durch äußere Umstände. Die Direktion regrettlich zu machen, wie der Abg. Gotthein empfohlen hat, wird daher zu keinem Erfolge führen. Helfen können nur internationale Verhandlungen durch die deutsche Volkskraft in St. Petersburg.

Abg. Stolle (Soz.): Dem Präsidenten Dr. Schulz gegenüber muß ich feststellen, daß kein Mäßigung der Zahl der Entlassungen zu verzeichnen ist, daß dieselbe vielmehr eine fortschreitende Tendenz hat. 1904 ist die Zahl der Entlassungen schon auf 315 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der Unfälle, die auf den Betriebskilometer entfiel, gestiegen. (Redner legt dies eingehend zahlenmäßig dar.) Im Abgeordnetenhause wurde gesagt, die Arbeitszeit sei im allgemeinen nicht länger als neun Stunden. Das ist nicht richtig. Zunächst ist schon durch Gerichtsurteile festgestellt, daß durch zu lange Arbeitszeit schwere Unfälle herbeigeführt sind. Wenn trotzdem der Minister sich im preussischen Landtage anders geäußert hat, so verweise ich auf mein Material. Ich will daraus hier nur wenig anführen: Wir liegt ein Verdict vor, in dem festgestellt wird, daß ein Arbeiter sechs Tag- und sieben Nachtschichten hintereinander hatte, und zwar von ununterbrochener je 12stündiger Dauer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie ist es da möglich, daß die nötige geistige Frische vorhanden ist? Dabei sind die Arbeitsräume in sehr schlechtem Zustande und ungeheizt; es ist nicht einmal Strohgelegenheit vorhanden. Während der Pausen müssen die Leute immer da sein, dürfen das Stedwerk nicht verlassen und müssen sich so aufhalten, daß sie keinen Schlaf bekommen können. Es wird also von den Leuten eine große Arbeitsleistung verlangt. Bei demartigen Dienste wäre es doch wohl am Plage, daß sich der Präsident des Reichseisenbahnamtes die Sache einmal etwas näher ansieht. Wenn man die Räume kennt, in denen sich das Rangierpersonal aufhalten muß, kann man es gar nicht begreifen, wie es möglich ist, von Musterbetrieben zu sprechen. Die große Fürsorge des Ministers von Budde zeigt sich einzig und allein in Maßnahmen gegen den Alkoholgenuß. Statt hier eine Belehrung erfolgen zu lassen, wird eine Verordnung erlassen, nach der das Personal für 10 Pf. nicht mehr ein großes Glas Bier bekommt, sondern ein kleines, das heißt 1/10 statt 1/5. Der Minister behandelt die Arbeiter nicht nur in diesem Punkte so, sondern auch in anderen Angelegenheiten, zum Beispiel, indem er ihnen verbietet, Mitglieder einer Genossenschaft zu werden.

Rur noch wenige Worte über die Behandlung der Arbeiter. Ich habe schon darauf hingewiesen, welche unangebrachte Sparlichkeit auf diesem Gebiete herrscht. Ich will jetzt noch ein Beispiel aus meinem engeren Heimatlande Sachsen anführen, das zeigt, wie böses Beispiel gute Sitten verdirbt. Dort ist die Zahl der Bahn-

wärterstellen um 150 verringert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das bedeutet einen Gewinn von 135 000 M. für den Staat. Für die Betriebssicherheit wird es aber nicht von Nutzen, sondern schädlich sein. Im Interesse des Staates und der beteiligten Arbeiter bekämpfen wir deshalb diese falsche Sparlichkeit. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baudert (Soz.): Auf die Gefahr hin, daß der Herr Präsident des Reichseisenbahnamtes auch meine Ausführungen als rein preussische Angelegenheiten bezeichnet, muß ich doch noch einmal auf die thüringischen Eisenbahnverhältnisse zu sprechen kommen. Vieles wird darüber gesagt, daß durch mangelhafte Ueber- oder Unterführungen Leben und Gesundheit von Personen gefährdet, wie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter geschädigt werden. In Weimar und Apolda werden Hunderte von Arbeitern durch die häufig notwendig werdenden Sperrungen der Aueauübergänge geschädigt. Eine Reihe größerer Städte, wie Weimar, Jena, Eisenach, Jünnena, haben jahrelang um Abstellung der auf diesem Gebiete herrschenden himmelschreienden Zustände petitioniert, sind aber immer wieder abschlägig beschieden worden. Man hat die Gemeinden aufgefordert, größere Zuschüsse zur Herstellung von Ueber- und Unterführungen zu leisten; die Finanzen der in Betracht kommenden Gemeinden gestatten ihnen das aber nicht. Ferner fehlt es vielfach an den nötigen Anschlüssen; man muß oft drei, vier Stunden auf Anschlüsse warten. Auch Extrazüge werden nicht gewährt. Zu einem Fest in Oberhof, Anfang Februar, das von 2000 bis 3000 Personen besucht war, hatte das Komitee bereits im Dezember um einen Extrazug gebeten; das Gesuch wurde abschlägig und erst im letzten Moment, am 20. Januar, nachdem man sich an den Minister selbst gewandt hatte, wurde es bewilligt. Die letzten großen Unfälle bei Großheringen und Eisenach beweisen, daß infolge der Ueberlastung der Streckenarbeiter und der Beamten die Betriebssicherheit leidet. Auch die Löhne sind sehr niedrig. Sie reisen ja so gern nach Thüringen, weil die Luft dort so nahrhaft sein soll, aber was nützt den Arbeitern die nahrhafte Luft, wenn sie nicht satt zu essen haben!

Ich schließe mich vollständig den Ausführungen meines Freundes von: Das Gesetz, welches der Verteuerung der preussischen Bahnbeamten entgegensteht, muß beseitigt werden. Was hat denn Thüringen davon, daß die großen preussischen Bahnen durch Thüringen laufen? Fast nichts! Wohl aber gehen die Steuern der Eisenbahnbeamten, die ihre Gehälter, ihre Pensionen doch aus dem thüringischen Wirtschaftsleben beziehen, den Kleinstaaten verloren. Das macht für diese große Summen aus! Wir sind keine Reichsfeinde, keine Partikularen. So lange aber derartige Verhältnisse im Eisenbahnwesen Thüringens herrschen, werden die Unzufriedenheit nicht beseitigen. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt. Ohne Debatte wird der Rest des Etats des Reichseisenbahnamtes bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Etats des Reichspensionsfonds, Reichsinvalidenfonds und Reichsschatzamts.

Schluß 9 1/2 Uhr.

Richard Fischer nachstehende Zuschrift: Ich pflege sonst auf Versammlungsberichte usw., auch wenn sie meine Äußerungen unrichtig wiedergeben, nicht zu erwidern; ich habe mir zur Erparung etwaigen Kerkers schon lange angewöhnt, Berichte über Reden von mir in der Regel zu überschlagen. Wenn ich heute mit dem Reichstagsbericht über die Sonnabendfestigung eine Ausnahme mache, so nur deshalb, weil ich glaube, den Angelegten der Reichsdruckerei, die im Vertrauen auf unsere Fraktion sich an und gemandt haben, die Erklärung schuldig zu sein, daß an den zahlreichen — „Mißverständnissen“ nicht ich die Schuld trage. Ich müßte in der Tat mit dem mir anvertrauten Material in der unverantwortlichsten und lächerlichsten Weise umgegangen sein, wenn ich all das gesagt hätte, was der „Vorwärts“-Bericht mit sich tragen lieh.

Rur an ein paar besonders großen Beispielen will ich das nachweisen. Der „Vorwärts“-Bericht schreibt: „Die Arbeiter bleiben viel zu lange auf dem Mindestlohn stehen; derselbe beträgt 28,80 M. Drei Jahre muß der Arbeiter für diesen Mindestlohn arbeiten, bevor er eine Mark Zulage erhält. Das Maximum beträgt 42 M. Aber es gibt zahlreiche Arbeiter in der Reichsdruckerei, die diesen Höchstlohn nicht erreichen. Arbeiter die 40 Jahre dort tätig sind, erhalten nur 30 M. Ein solcher Wochenlohn ist aber geradezu elend“ usw. usw.

Ich habe kein Wort von „Stehenbleiben“ auf der Mindeststufe gesagt, sondern konstatiert, daß nach drei Jahren der Lohn um 1,60 bzw. 1,80 M. (nicht eine Mark) erhöht werde. Nicht daß „zahlreiche Arbeiter“ den Höchstlohn von 42 M. nicht erhalten, behauptete ich, sondern daß es darauf ankomme, wie viele Arbeiter und wann sie ihn erhalten, da feststehe, daß drei bis vier Seher, die schon 40 Jahre im Betriebe tätig sind, erst 30 M. erhalten. Nicht daß ein „solcher“ Lohn (von 30 M.) ein elender Lohn sei, erklärte ich, sondern als Beweis für die ungenügende Bezahlung wies ich auf die Stapsposition hin, wonach das Anfangsgehalt für Faktore nicht mal 20 M. pro Woche betrage; das habe ich eine geradezu elende Bezahlung genannt, wofür man nicht mal einen ausländischen Seher verlangen könne, aber ich habe entschuldigend angeführt, daß es sich hier unter dem schönen Titel: Faktore wahrscheinlich bloß um sogenannte „An-treiber“ handele.

Auch nicht von „unverhältnismäßig großer Zahl von Vorgesetzten mit hohen Gehältern“ sprach ich, sondern von der Verteuerung des Betriebes durch die im Verhältnis zu den arbeitenden Angestellten unverhältnismäßig große Zahl von Vorgesetzten, was ich mit dem Beispiele belegte, daß an dem fraglichen Ostermontag auf 18 arbeitende Seher bloß 7 Vorgesetzte kamen.

Die Frage der Entlassung der Seher ist völlig falsch wiedergegeben. Meine Klage richtete sich dagegen, daß Seher mit 5-8 Jahren Dienstzeit deshalb entlassen wurden, weil sie tarifgemäße Bezahlung gefordert hatten. Nicht daß die Zahlung erst erfolgte, nachdem man deshalb beim Direktor vorstellig geworden“, tabelte ich, sondern daß sie nicht erfolgte, obwohl der Arbeiter und dann der Arbeiterauschuss vorstellig geworden, nicht erfolgte, obwohl die Direktion durch Umfrage bei anderen Druckereien die Berechtigung der Forderung erfahren, und daß Zahlung erst erfolgte, nachdem das Tarifamt selber vorstellig geworden, und daß die Arbeiter 18 Wochen auf diese Zahlung warten mußten und dann 3-4 Tage nach der Zahlung auf die Strahe flohen.

Kein Wort habe ich von „Kriegervereinen und patriotischen Kundgebungen“ gesprochen, sondern gegenüber der Tarifverweigerung auf das zweierlei Maß der Regierung für Unternehmern- und Arbeiterorganisationen verwiesen: daß die Regierung bei dem Kriegen- und Krieger-Syndikat beteiligt sei, daß der Kriegs- und Eisenbahnminister offiziell, mündlich und schriftlich, sich mit dem berichtigten „Verband der Metallindustriellen“ bezüglich seiner Arbeiterausperrungen solidarisch erklärt habe.

Nach diesen Sitzproben brauche ich über die Korrektheit des übrigen Teiles dieses Berichtes keine Verantwortung mehr zu übernehmen.

Parlamentarisches.

Unterstützungswohnstättennovelle. In der Kommission zur Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnstätten wurden gestern beschlossene, zunächst in die Beratung derjenigen Paragraphen einzutreten, deren Abänderung die Regierungsvorlage beantragt. Für den Regierungsvorschlag, das nach zurückgelegtem 18. Lebensjahre durch ein jährigen ununterbrochenen Aufenthalt der Unterstützungswohnstätte erworben wird, statt wie bisher durch zwei jährigen ununterbrochenen Aufenthalt nach zurückgelegtem 18. Lebensjahre, erklärten sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Freiwirtschaften.

Unsere Vertreter wiesen darauf hin, daß es sich um weiter nichts handele, als daß gewisse Armenlasten, die bisher vom platten Lande bezahlt wurden, auf die Städte abgewälzt werden, und daß diese offene agrarische Maßnahme ohne jede tatsächliche Begründung auf die einfache Behauptung hin, daß die Lebenshaltung des Landes „notorisch“ sei, gefordert werde. Sie würden aber dem Vorschlag aus dem Gesichtspunkt des Arbeiterschutzes zustimmen; denn da die Armenunterstützung in den Städten im allgemeinen eine bessere sei als auf dem Lande, so bedeute die Erweiterung der Armenunterstützungspflicht der Städte eine Verbesserung der Armenpflege. Außerdem werde durch den früheren und schnelleren Erwerb des Unterstützungswohnstätten die Abschlebungsmöglichkeit vermindert, auch die Freizügigkeit gefördert, und die jungen Leute um so früher in den Klassenkampf hineingezogen. — Das Zentrum brachte daraufhin eine Resolution ein, die Regierung aufzufordern, zur Begründung ihres Vorschlages tatsächliches Material vorzulegen, was dieselbe aber auf die Erklärung des Grafen von Hofadobts, daß die Vorlage solchen Materials unmöglich sei, zurück. — Die Beratung wird am nächsten Montag fortgesetzt werden, da das Zentrum die Ausfertigung der Beschlüsse wünscht, damit die Fraktionen inzwischen Stellung nehmen können.

Das furchtbare Grubenunglück von Courrières.

Der Kapitalismus auf der Anklagebank!

Von der entsetzlichen Grubenkatastrophe von Courrières haben wir unseren Lesern bereits in der Sonntagsnummer kurz Nachricht gegeben. Die ausgesprochene Befürchtung, daß circa 1200 Menschenleben vernichtet sind, wird leider nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen als nicht zu weitgehend bekräftigt. Mehr als 1200 Leichen — welche Unsumme von Schmerz, Jammer, Not und Elend verbirgt sich hinter der grausigen Zahl! — kamen los, unbeschreibliches Unglück ist über viele, viele Proletariatsfamilien hereingebrochen. Am Ort der Katastrophe spielten sich herzerreißende Szenen ab. Manche Mutter wird den Sohn, manche Frau den Mann, manches Kind den Vater nicht mehr wiedersehen; nicht einmal als Leiche, des Feuers gierige Flut verwehrt ihnen selbst solchen Trost. Selbst im Gemüt des rohsten, selbstsüchtigsten, verdorbensten Menschen muß das namenlose Weh der betroffenen Unglücklichen Schmerz und Mitleid auslösen. In spaltenlangen Berichten gibt die bürgerliche Presse Kunde von dem entsetzlichen Ereignis und sie gibt dem Bedauern und dem Mitleid mit den Opfern Ausdruck. Das ist gewiß anerkennenswert, aber damit ist die Pflicht und Aufgabe der Presse nicht erfüllt. Mit aller Schärfe muß die Frage aufgeworfen werden, sofort: Was das Unglück unvermeidlich? Wer hat es verschuldet? Wenn die bis jetzt vorliegenden Nachrichten auch noch kein ganz klares Bild über die Betriebsverhältnisse der Unglücksgrube geben, das eine sieht doch schon heute zweifellos fest: Auch dieses furchtbare, entsetzliche Unglück ist eine Folge des kapitalistischen Systems! Die Profitgier, das rücksichtslose, unverantwortliche Aufspießeszen von Menschenleben in Betätigung der Flusdmacherei hat auch diese 1200 Menschenleben auf dem Gewissen! Schon wird versucht, das Unglück als ein Elementarereignis zu charakterisieren und durch Mitteilungen über freiwillige Spenden zur Unterstützung der Hinterbliebenen die öffentliche Meinung gefangen zu nehmen, die Schuldfrage in den Hintergrund zu drängen. Demgegenüber ist unerschütterliche Kritik und Aufklärung geboten.

Es muß laut in die Welt hinausgeschrien werden: Das Unglück ist ein neues Verbrechen des Kapitalismus!

Zum Beweise dafür, daß hier der Kapitalismus auf der Anklagebank sitzt, verzeichnen wir zunächst diese im allgemeinen in der Presse kritisch mitgeteilte Darstellung der späteren Katastrophe:

Leiz, 11. März. Ueber die wahrscheinlichsten Ursachen der Katastrophe von Courrières erklärt ein Ingenieur des Ministeriums des Innern: Am letzten Sonntag brach in Schacht 3, der mit Schacht 1 und 2 direkt verbunden ist, ein Brand aus. Um das Feuer zu lokalisieren, wurden zuerst mit Mörtel und Zement beschützte Holzverschaltungen angebracht, doch drüben diese entweder zu weit vom Feuerherd entfernt, oder nicht dicht genug gewesen sein. Jedenfalls muß angenommen werden, daß das Grubengas sich in großer Menge mit der eindringenden Luft vermischen konnte, und daß infolgedessen die furchtbare Explosion stattfand, welche die Kettentrümmerung der Schachtwände und den Einsturz der Decke herbeiführte.

Die Staatsanwaltschaft soll festgestellt haben, daß der Brand schon vor ungefähr einem Monat ausgebrochen war. Jedenfalls hatten die Ingenieure der Gesellschaft schon vor mehreren Tagen Vorwarnungen wegen der Ausdehnung des Brandes gehabt und mehrere Schächte einer eingehenden Besichtigung unterzogen; es heißt aber, daß nichts Außergewöhnliches bemerkt worden sei. Die Vergleute machen die Gesellschaft für die Katastrophe verantwortlich und beschuldigen die Ingenieure der Sorglosigkeit, da man, nachdem das Feuer die Holzverschaltung ergriffen hatte, die Einfahrt hätte einstellen sollen. Die Aufregung, welche unter den Vergleuten herrscht, läßt ernste Vorurteile befürchten. Nach den letzten Meldungen wird die Zahl der Verunglückten auf 1100 geschätzt.

Zur Feststellung der Schuldfrage genügt die Konstatierung, daß obwohl in einem Teile der Anlagen ein gefährlicher Brand wütete, unbedenklich fast 2000 Menschen in die Grube hinein gezwungen worden sind, der Betrieb nicht so lange eingestellt wurde, bis die Gefahr beseitigt war. Das freventliche Spiel gewinnt an Ungeheuerlichkeit durch die Tatsache, daß man selbst dann, als die Umstände zu Besorgnissen zwangen, die Einfahrt noch nicht einstellte! Damit steht die Schuld des Kapitalismus an diesem großen, furchtbaren Unglück unverwundbar fest.

Verdächtig ist die Eilfertigkeit, mit der die Verwaltung, gerade so wie zur Zeit bei dem Borussia-Unglück, ehe noch das Ergebnis einer amtlichen Untersuchung vorliegt, sich von jeder Verantwortung reinzuwaschen versucht. Nach einer Meldung des „Lokal-Anz.“ hat die Grubenverwaltung bereits die Erklärung losgelassen, die gesetzlich vorgeschriebenen Ventilationseinrichtungen hätten tadellos funktioniert, die Katastrophe sei furchtbar plötzlich, fast ohne Anzeichen eingetreten! — Diese Behauptung wird durch die vorstehende Darstellung in den Hauptpunkten widerlegt. Wenn man aus Besorgnis schon vor mehreren Tagen eine eingehende Besichtigung veranstaltete, und wenn man zur Erklärung des Unglücks unrichtige Verschaltung verantwortlich machen will, dann kann man nicht mehr von tadellosen Funktionen der Einrichtungen und von einem furchtbar plötzlich, ohne Anzeichen hereingebrochenen Unglück reden. Kein Sachverständiger wird leugnen, daß unter den obwaltenden Umständen mit der hohen Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe gerechnet werden mußte. Uebrigens scheint es mit den Rettungsa-

einrichtungen auch nicht besonders bestellt zu sein, wie folgende Meldung vermuten läßt:

Essen a. d. Ruhr, 12. März. Die Compagnie des Mines de Courrières hat sich an den Vergütlichen Verein um Vermittlung von Hilfe gewandt. Infolgedessen sind außer der Rettungskolonnen der Jette Schmitt 1/11 von der Jette Rhein-Elbe (Gelsenkirchen) sechs Mann abgegangen, die heute nachmittags in Billy-Montigny eintreffen werden.

Jedenfalls wird im Anschluß an das neue, bisher größte Grubenunglück, wenn erst noch genauere Darstellungen aller in Betracht kommenden Verhältnisse vorliegen, über den konkreten Fall, wie über die Frage des Arbeiterschutzes überhaupt noch manches zu sagen sein. Das kapitalistische System schließt es ja aus, das Arbeiterwohl, die Sicherung von Gesundheit und Leben als oberstes Prinzip zur Geltung zu bringen, aber selbst im Rahmen des Lohnzahlungssystems kann der Menschenmorderei, der Vernichtung von Gesundheit und Lebenskraft doch noch erheblich Abbruch getan werden. Bei dem heutigen schrankenlosen Wüten der Profitgier geht der Kapitalismus in der Menschenvernichtung weit über die ihm durch seine Tendenz gezogene Grenze hinaus. Vorläufig verzeichnen wir noch folgende Nachrichten:

Leiz, 11. März. Der Tag ist ruhig verlaufen, nur die Angehörigen der Opfer haben Widerspruch dagegen erhoben, daß ihnen der Weg versperrt wurde, um die geborgenen Leichen zu besichtigen. Die Menge hielt die gelackten Wagen, in denen sich die Leichen befanden, an und verlangte von den Wagenführern, daß die Namen der Opfer genannt und die Wagenöffnungen geöffnet würden. Aus Schacht 2 und 4 wurden noch einige Leichen hinaufbefördert. Nach den letzten Meldungen sollen nur 60 Leichen geborgen sein, von denen nur die Hälfte rekonstruiert wurde. Viele von den Rettungsmannschaften haben leichte Verletzungen davongetragen. Die Aufbahrung der Leichen hat heute begonnen. Die Bestattung ist auf Dienstag angelegt; die wiedererkannten Leichen sollen ihren Familien übergeben werden. Man scheint noch nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben, noch einige der Verunglückten am Leben zu finden, da einige Arbeiter, die heute abend wieder aus einem Schacht nach oben gekommen sind, erzählen, unterwegs noch zwei lebende Pferde angetroffen zu haben.

Paris, 12. März. Auf Ersuchen des Präfekten des Departements Pas de Calais hat der Pariser Polizeipräsident zehn Feuerwehreinheiten nach Courrières geschickt, die in der Bekämpfung unterirdischer Brände besonders geübt und mit Atmungsgeräten ausgestattet sind. Die Bergwerksgesellschaft in Courrières wird, wie bekannt, mindestens 400 000 Fr. Jahrespensionen an die Witwen der verunglückten Bergleute zu zahlen haben.

Spenden für die Hinterbliebenen:

Präsident Fallières hat dem Präfekten 10 000 Fr. zur ersten Hilfeleistung überwiesen. Der Präsident des Pariser Presse Syndikats überwies telegraphisch 5000 Fr. Die französische Regierung will von den Kammern 500 000 Fr. für die Familien der Verunglückten verlangen. Eine Versammlung der Bischöfe hat mehrere tausend Frank gezeichnet.

Aus der Partei.

Ein neues Reich flocht die holländische Polizei am Sonnabend vor dem Schöffengericht ihrem allbekanntesten Ruhestränge ein. Mit einer Emsigkeit, die man sonst hier bei der Hermandad vernimmt, wurden am 14. Januar gelegentlich der Verbreitung des Wahlrechtsblattes rund 120 Genossen auf die Polizei geschleppt. Sie sollen durch Verteilung des Flugblattes vor der Kirchzeit eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet und damit den Sabbat geschändet haben. Es regnete Strafmandate und darauf folgten die ersten gerichtlichen Entscheidungen. Ebenso herzerreißend wie ersehnt waren die Bekundungen der Polizisten, die die Flugblattjagd mitgemacht hatten. Auf Befragen des Richters, inwiefern denn die Tätigkeit der Angeklagten, die ihre 50 bis 60 Flugblätter in der inneren Rodaiche bei sich führten, „als Arbeit“ öffentlich bemerkbar geworden, erklärten die Polizisten: „Ja, die Angeklagten wurden sichtbar, wenn sie auf die Straßen kamen und ab und zu schauten Frauen zu den Fenstern hinaus, man merkte es den Angeklagten an, daß sie etwas vorhätten, denn sie gingen eifrig.“ Der Verteidiger wies in scherzhafter Weise darauf hin, daß wohl andere Menschen auch sichtbar würden, wenn sie auf die Straße gingen und beantragte auf Grund der bekannten Kammergerichtsentscheidung vom 11. März 1904 die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Das Gericht erkannte demgemäß, da zu einer Arbeit auch eine Kraftaufwendung erforderlich sei. — Die holländische Polizei scheint bei der ganzen Aktion den Vogel abgeköpft zu haben. Denn wer sich Sonntags „sichtbar“ machen, etwas vorhaben oder es gar eilig haben sollte, der bleibe, zum wenigsten in Halle, zu Hause.

ParteiSekretär für Leipzig. Vor kurzem haben die Leipziger Parteinstellen mit Zustimmung der Parteigenossen die Anstellung eines Parteisekretärs für den Leipziger Agitationsbezirk beschlossen. Die Bewerbungsverfahren für den Posten sind bis zum 20. März an den Vorsitzenden des Agitationskomitees, Genossen Fr. Seger, Fregestr. 22, zu richten. Reflektiert wird auf Genossen, die mit der Gelomarbeiterbewegung vertraut sind und die Fähigkeit des guten schriftlichen wie mündlichen Ausdrucks besitzen.

Die Partei in den Vereinigten Staaten hat nach dem Bericht des Nationalsekretärs in Chicago über 23 000 zahlende Mitglieder. 38 Staats- und Territorial-Organisationen gehören der Partei an, die in der Nationalkomitee vertreten sind. Am 1. Januar 1906 betrug das Vermögen der Nationalorganisation 3375 Dollar, denen Verbindlichkeiten im Betrage von 1815 Dollar gegenüberstanden. Die Gesamteinnahmen während des verflorenen Jahres im Nationalbureau beliefen sich auf 17 527 Dollar, die Ausgaben auf 17 474 Dollar. Es waren während des Jahres 18 Organisationsabwickelungen auf der Tour, die 1040 Versammlungen abhielten und 80 Lokalorganisationen gründeten; sie sprachen in 816 Ortschaften. Die Totalausgaben für Organisation 1905 beliefen sich auf 7263 Dollar. Die durchschnittlichen Kosten eines Nationalorganisationsbeauftragten beliefen sich auf 5 Dollar 81 Cent pro Tag; dies umfaßt 3 Dollar Tageslohn und den Rest für Hotel- und Reisepesen. Davon bringen die Organisationsgewinnlich 3 Dollar 55 Cent selbst auf (durch Tellerfassungen usw.), jedoch vom Nationalbureau nur noch 2 Dollar 26 Cent zu beden sind. Die durchschnittliche Mitgliederzahl für jeden Monat des verflorenen Jahres beläuft sich auf 22 881 in den organisierten Staaten und 446 in den nichtorganisierten Staaten und Territorien oder zusammen auf 23 327. Im Jahre 1904 waren 20 783 und im Jahre 1903 nur 15 975 Mitglieder in der Organisation.

Aus Industrie und Handel.

Westfälische Kohle in Paris.

Das Westfälische Kohlen Syndikat soll dem „Journal des Transports“ zufolge in Rouen ein Besuch um Ueberlassung eines Geländes am Colla-Rai eingereicht haben, auf welchem ein großes Kohlendepot errichtet werden soll, das nicht nur die Lieferung im Bezirk von Rouen, sondern auch nach Paris übernehmen werde. Hugo Stinnes, der das Geschäft einrichtete, habe bereits von der Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Rouen eine günstige Antwort erhalten. Nach einem Bericht des Chefingenieurs der Verwaltung an die Handelskammer in Rouen führten die Antragsteller in Jahre 1902 über Rouen 80 000 Tonnen Kohlen, und im Jahre

1905 mindestens 130 000 Tonnen ein. Hugo Stinnes rechnet, daß bereits im ersten Jahre nach Genehmigung des Beschlusses die Einfuhr auf 350 000 Tonnen steigen würde. Dem „Echo du Nord“ erscheint diese deutsche Inflation um so bedrohlicher, als Hugo Stinnes ein Abkommen für den Wassertransport von Rouen nach Paris zu dem ungewöhnlich niedrigen Preise von 1,70 Frank pro Tonne mit einer Gesellschaft geschlossen habe. Gegen die drohende deutsche Inflation haben dem Walle zufolge die französischen Kohlengruben im Norden und im Pas de Calais bereits Gegenmaßnahmen getroffen, indem sie ebenfalls einen Antrag auf Ueberlassung von Land am Kai gestellt haben, von wo aus sie jährlich 50 000 Tonnen Kohlen an der Seine nach Paris schaffen wollen. Die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten begünstigt indes den deutschen Antrag mit der Begründung, die Engländer hätten sich bereits im Hafen von Rouen ansässig gemacht, und es würde sich hauptsächlich um einen Wettbewerb zwischen ihnen und den Deutschen handeln.

Holzenerung. Aus Düsseldorf berichtet die „N. Z.“, der Verein der Holzindustriellen von Rheinland-Westfalen habe beschlossen, ab sofort den Grundpreis für den Kubikmeter bauartiges Holz ab Rheinland für Märzlieferungen auf 45 M., für Aprillieferungen auf 46 M. festzusetzen und darauf hinzuweisen, daß für die Holzgezeit Preis-erhöhungen bevorstehen, da die Rundholzpreise zu den genannten Preisen noch nicht in dem richtigen Verhältnis stehen.

Automobile in Amerika. Nach dem „New York Herald“ wurden im Jahre 1905 in den Vereinigten Staaten 27 840 Automobile gebaut und 22 970 verkauft zu einem Durchschnittspreis von 1780 Dollar. Daneben wächst der Import von Autos sehr schnell. Im Jahre 1903 wurden nur 375 Maschinen zu einem Werte von 1 300 000 Dollar eingeführt; im Jahre 1904 waren es 602 zu einem Werte von 2 209 492 Dollar und im Jahre 1905 stieg die Zahl auf 1086, deren Wert auf 4 150 000 Dollar berechnet wurde.

Vom Baumwollwucher. Die amerikanische Ausfuhr an Baumwolle ist in den ersten fünf Monaten des per September beginnenden Geschäftsjahres der Menge nach zurückgegangen, aber infolge der systematischen Preiswucherung dem Werte nach gestiegen. Das Minus der Menge beläuft sich auf circa 1 Million Ballen, das Plus des Wertes auf 8 1/2 Millionen Pfund Sterling. Wie die „New Yorker H.-Ztg.“ berichtet, stellte sich der durchschnittliche Exportpreis der Baumwolle für die ersten fünf Monate der Saison 1904—1905 auf 9,2 Cts. pro Pfund, für die diesmalige gleiche Periode auf 11,1 Cts., und für Januar cr. stellt sich der Durchschnittspreis auf 11,6 Cts. gegen nur 7,3 Cts. im Anfangsmonat letzten Jahres. Unter solchen Umständen zeigt sich ein besonders starker Abfall der Baumwollausfuhr nach Japan, da genanntes Land, dessen Baumwollwaren-Industrie in starker Entwicklung begriffen ist, bei hohem Preise des amerikanischen Stapels sich regelmäßig mit Anlauf des zwar kurzstapeligen, dafür jedoch billigeren Produktes der indischen Baumwollfelder begnügt. Auch Großbritannien hat im Januar dieses Jahres weit weniger amerikanische Baumwolle bezogen als vor einem Jahre, der Wert der Ausfuhr dorthin ist trotzdem jedoch diesmal um etwa 50 Prozent größer. Nach Belgien sind im Anfangsmonat dieses Jahres 7 800, nach Frankreich 15 200 Ballen weniger exportiert als im Januar vorigen Jahres usw. Für die mit dem 31. Januar beendeten ersten fünf Monate des laufenden sowie des vorhergehenden Erntejahres war der Baumwollverland nach den verschiedenen Ländern in Menge und Wert der folgende:

	Menge in Ballen		Wert in Pf. Sterl.	
	1905	1906	1905	1906
Deutschland	1 297 565	1 058 484	61 067 917	59 854 282
Großbritannien	2 899 275	1 922 918	115 536 310	112 334 231
Belgien	78 934	48 148	3 770 692	2 869 959
Frankreich	543	550 138	25 560 628	81 855 009
Italien	288 564	246 193	13 047 754	14 168 570
Rußland	85 090	87 883	3 885 450	4 839 988
Spanien	175 999	112 102	8 139 380	6 237 441
Diverse europäische Staaten	86 009	68 045	3 766 788	3 541 800
Britisch-Nordamerika	62 879	76 178	3 056 777	4 316 090
Mexiko	44 224	19 844	2 284 536	1 170 706
Japan	100 255	46 974	5 559 519	2 811 704
Sonstige Länder	1 884	2 184	85 002	126 427

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Montag, den 5. März, fand die zahlreich besuchte Generalversammlung des Vereins statt. Die beiden Vorsitzenden erstatteten den Bericht über die stattgefundenen Versammlungen. Sie stellten fest, daß die Vorträge im letzten Halbjahre außerordentlich gut besucht waren. Auch die literarischen und geselligen Veranstaltungen hatten allgemeinen Anklang gefunden. Der Kassierereintrug wurde nach ihrem Bericht Decharge erteilt. Die Ausführungen der Bibliothekarin ergaben ein lebhaftes Interesse an der Bibliothek, die sich um eine große Anzahl Bände vermehrt hat. Die größte Sozialismus; auch wurden entsprechend den Vorträgen Bücher verlangt, so wurden in letzter Zeit viele Werke von Ibsen und Heine gelesen. Der Antrag, eine Ordnerkommission für das Stiftungsfest zu wählen, wurde angenommen. Auch der Antrag, das nächste Stiftungsfest wieder ohne Kinder zu begehen und einen größeren Saal für dasselbe zu nehmen, fand Annahme. Einstimmig wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die nächste Versammlung findet in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28, statt. Etilie Vaader spricht über das Thema: „Die Schäden der Kinderarbeit in gesundheitlicher, ethischer und materieller Beziehung.“

Rigdorf. Mittwoch, den 7. März, hielt der Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen seine Mitgliederversammlung bei Thiel ab. Genosse Störmer referierte über „Moderne Weltanschauung“. Der Vortrag fand allseitig Beifall. 19 neue Mitglieder wurden in der außerordentlich gut besuchten Versammlung aufgenommen, der beste Beweis für das Wachsen des Vereins. Die nächste Mitglieder-versammlung findet am 4. April bei Hoppe, Hermannstr. 49 statt, in der Herr Dr. Doborn einen Vortrag mit Lichtbildern über „Konstantin Reunier, ein Maler und Bildhauer der Arbeiterklasse“ hält. Es ist Pflicht einer jeden Genossin für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Das Stiftungsfest des Vereins findet am 7. April bei Thiel, Vergstraße, statt.

Friedenau. Am Dienstag, den 6. März, fand im hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsverein die erste Monatsversammlung statt. Herr Dr. Eichler hielt einen Vortrag über: „Heinrich Heines Leben und Dichten“; die große Bedeutung des Dichters für das Proletariat kam in dem Vortrag vollauf zur Geltung. Der beste Beweis für das Wachsen des Vereins, die nächste Mitglieder-versammlung findet am 4. April bei Hoppe, Hermannstr. 49 statt, in der Herr Dr. Doborn einen Vortrag mit Lichtbildern über „Konstantin Reunier, ein Maler und Bildhauer der Arbeiterklasse“ hält. Es ist Pflicht einer jeden Genossin für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Das Stiftungsfest des Vereins findet am 7. April bei Thiel, Vergstraße, statt.

Röpenitz. Am Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr, tagt im „Raiserhof“, Grünstraße, eine öffentliche Frauenversammlung.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Sum 127. Male:
Familientag
im
Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren H. u. D. Herrfeld in den
Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
Sonntag, den 1. April:
Schlus
diesjähriger Spielfaison!
Abchieds-Vorstellung
im alten Hause!!

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Soloratsfängerin.
Geschwister Flokati,
Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originale Spezialitäten.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. St. v. Th. Börs.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Prof. I. **Mlle. Eugenie**
Schulreiterin.
Mayda & Elsa
Evolutionen auf Doppel-Draht.
Montanis Hunde u. Katzen.
'ne feine Nummer!
Burleske von Max Koch
und 8 Variationen i. d. Handg.
Familienarten in Barbier-, Friseur-
und Sigarengeschäften unentgeltlich.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Neu! Einquartierung.
M. Hummel v. Mesel.
Anfang
Bogen tags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 55.
Das sensationelle,
vollständig neue
März-Programm.
Nur Schlager.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute Dienstag, 1/2 9 Uhr abends:
Vollständige Aufklärung
über Gedankenleiden, Epilepsie,
Schizophrenien etc. durch
Lane u. Ne.
1. Platz 50. Gallerie 30 Pf. bei
Werthelm, Leipzigerstr., Brauerei
Friedrichshain u. Abendkass.

Sanssouci
Kottbuser
Str. 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Bummelfrize
Vollständig m. Gef. in 3 Aufz.
Wittwoch: Vollenkresser.
Sonnt., Raut., Donnerst.:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanzkränzen.
Sonn. 9. u. 11. u. 12. u. 13. u.

Germania-Säle.
Charlottenburg, Sprent. 13.
Inhaber: C. Woderich.
Jeden Dienstag:
**Original-
Karburger Sänger**
Dir.: Carl Frick und
F. Kascho-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entr. 30 u. 50 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Vereine!
Zum 1. und 2. Osterfeiertag
ist Saal (auch
Bühne) frei geworden.
Kommandantenstr. 72, Klubhaus.
Bauland kauft
Biemann, Breslau VII

Inventur-Extrapreise
Gardinen
abgepaßte Fenster,
weiß und creme
Schallänge pro
3 Ntr. M. 250
Schallänge pro
3,20 Ntr. M. 335
Imit. Point-lace-
Gardinen, pr. Patr. M. 585
Eleg. Sezesions-
Tüll-Stores M. 185
Gestickte echte
Spachtel-Stores M. 565
Goldfarb. reich-
gestickte
Band-Stores M. 435
Tüllbett-Gr. 180/220
decken cm M. 235
Reichgest. Erbs-
tüllbettdecken M. 535
Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
gratis und franko.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Auf Teilzahlung!!!
Wöchentlich nur 8 Mk.
Große Auswahl in Herren- u.
Damenuhren, Freischwinger,
Standuhren, Regulatoren,
Broschen, Ringe,
Ketten, Stöcke, echte
Menzenhauer Zithern,
Phonographen
Plattensprechmaschinen, Polyphons,
Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von Platten, achten
Edison- und pa. 1 Mk.-Walzen.
Jahre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof)
und Reinkendorferstraße 57 (nahe
Bahnhof Wedding). 54L

Der Kenner
raucht
Nº 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzüglicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Aufsteiß, Girlanden
u. m. werden fein u. preiswert geliefert

Das größte Brot für 50 Pf.
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
Branzenstr. 135, Krautstraße 19,
Falkensteinstr. 25, Lanfstr. 2,
Markthalle Gäßchen, Stand 222/23,
Markthalle Androssstr., Stand 16/18,
Neuland: Vorhangenerstr. 13.

Zigarren zum Engrospreis.
25 Stück a 5 Pf. ab 10 Pf. Rab. = 1,15
25 " a 6 " " " " = 1,35
25 " a 7 1/2 " " " " = 1,50
25 " a 8 " " " " = 1,70
25 " a 10 " " " " = 2,10
Zufendungen frei ins Haus. Be-
stellungen erbitte Halbesee post-
lagernd „Zigarrenfabrik“, 2 Pf. Post-
facit. 4135

Rute 6 Mark.
Neu! 300 Parzellen
in Jevernick, gut geschnitten, zehn
Minuten von der Bahn. Davon sollen
sich 300 Parzellen a 6 M.,
und circa 20 Parzellen a 5 M.
der Rute verkauft werden. Unter
Gartenboden, auch Wasser- und
Bergparzellen. Kirche, Schule,
Rauheute, Handwerker usw. im Orte.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Verkaufser leicht auf dem Terrain
und am Bahnhof Jevernick. 2948
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Große Berliner Straßenbahn.
Bilanz am 31. Dezember 1905.

Aktiva.		M.	Pf.	M.	Pf.
Konto Bau des Gesamt-Bahnkörpers	sämtl. Bahnhöfe und Werkstätten	54925522	43		
Wagen-Konto		21854908	22		
		33966505	17		
		110147235	82		
		1250000			
Abschreibung				108897235	89
Außerdem sind noch abgeschrieben für 1904 auf Bahnkörper, Bahnhöfe, Werkstätten und Wagen 200 000,— M., welche dem Bahnkörper-Amortisationsfonds überwiesen sind.					
Maschinen-Konto nach Abschreibung von 22980,— M.				206820	56
Mobilien-				1	—
Utensilien-				1	—
Pferde-				1	—
Geschirr-				1	—
Bekleidungskonto nach Abschreibung von 883409,55,— M.				1	—
Inventurenkonto, Bestände an Materialien und Futter				1884791	78
Kontokorrent-Konto, verschiedene Guthaben				14072729	61
Kassakonto, Bar am 31. Dezember 1905				16084	21
Konto Kautions bei Behörden, bei denselben hinterlegt				608930	08
Effekten- und Dokumentenkonto					
Effekten- und Hypothekenbestände als Anlage des Reservefonds des Bahnkörper-Amortisationsfonds des Beamtenkautionsfonds					
Nicht begebene 3 1/2 % Obligationen		6586331	20		
		17340137	—		
		239118	10		
		313000	—		
		880000	—		
				24805580	30
				150495201	21

Passiva.		M.	Pf.	M.	Pf.
Aktienkapitalkonto				100082400	
3 1/2 % Obligationen Kapitalkonto				6739000	
4 1/2 %				1299000	
Hypothekenkonto				1728000	
Dividendenkonto, Noch unbehobene Dividenden				16477	50
3 1/2 % Obligationen - Auslosungskonto, Noch unbehobene Obligation u. Zinsen				59179	25
3 1/2 % Obligationen-Zinsenkonto, Zinsen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1905				56227	50
Reservefondskonto				7601422	09
Bahnkörper-Amortisationsfondskonto				17503953	43
Beamtenkautionskonto				239194	50
Kontokorrent-Konto, Verschiedene Gläubiger- und Barkautionen				1891444	00
Erneuerungsfondskonto I				2851704	63
II				897286	18
Gewinn- und Verlustkonto					
Gesamtbetriebs-Einnahme 34289163,05 M.					
Ausgaben 15745116,79 "					
bleibt Uebererschuß 18544046,26 M.					
Eingenommene Zinsen 494246,47 "					
Gewinnvortrag aus 1904 14008,41 "					
Hypothekenzinsenkonto 70700,80 M.					
3 1/2 % Obligat.-Zinsenkonto 251002,50 "					
4 % " 44280,— "					
Gesamtabschreibungen u. Ueberweisungen 3890008,85 "					
Vertragmäßige Abgaben an die Gemeinden 2401204,76 "					
Reingewinn				8292204	23
				150495201	21

Berlin, den 13. Februar 1906.
Die Direktion.
gez. Dr. Mücke, gez. von Kühlwein, gez. Koehler.
Nach vorgenommener Prüfung der Beläge und Bücher der Gesellschaft bescheinigen wir hiermit die ordnungsgemäße Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz sowie des Gewinn- und Verlustkontos mit denselben.
Berlin, den 13. Februar 1906.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebüsch.
(Endstation der „Stern“-Dampfer)
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. * Ausspannung und Dampfheizung, Regalbahnen, große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Ziehung vom 27.-31. März 1906.
Trierer Dombau-Geld-Lotterie
15 377 Geldgewinne, zus. M. 1
500 000
Hauptgewinn:
100 000
50 000
Genze Lose 4.30 inkl. Porto
Halbe Lose 2.30 und Liste
empfehl
Carl Heintze,
Berlin W., Unter den Linden 2.

Möbelfabrik Ostend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Wir bringen zur Kenntnis, daß die diesjährige
Ordentl. General-Versammlung
am Sonntag, den 25. März 1906, vormittags 9 Uhr, in unserem Gesellschaftslokal Romintenerstr. 21 (Kaufhof) stattfindet.
Tagesordnung:
1. Vorlage des Jahresabschlusses.
2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.
3. Anträge.
4. Verschiedenes.
106/5
Der Vorstand.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die Bilanz für die Genossen in unserem Kontor, R. Romintenerstr. 21, zur Einsicht ausliegt.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 85L+
Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur
Spezial Möbelgeschäft.

Das Beste
Rester-Geschäft
des S.-O. von
Wilhelm Mühlbach
empfiehlt zur bevorstehenden Einklebung Reste von schwarzen Kleiderstoffen, Bläusen etc., sowie zur Kinderkonfektion zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Allgemeiner deutscher Gärtner-Verein.
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Branche Handelsgärtnerei. Mittwoch, 14. März 1906, abends 9 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:
Öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung und unsere neuen Maßnahmen hierzu. 2. Freie Aussprache. 280/4

Branche Landschaftsgärtnerei. Freitag, 16. März, abends 8 1/2 Uhr, in Obsts Park, 71en, 63, Schöneberg, Weiningerstr. 8 (Eingang aus Karlin Luth. 51):
Öffentliche Versammlung aller Landschaftsgärtner und Gartenarbeiter.
In beiden Versammlungen ist das Erscheinen der Kollegen erforderlich.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 6:
Bränden-Versammlung
ber
Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechsler.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Modeltschler-Konferenz und zum Verhandlungs-
2. Brändenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen der Werkzeugmaschinenfabrik Niles sind hierdurch besonders geladen.
82/8
Die Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Donnerstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):
1. **Vortrag und Rezitation** von Frau **Regina Ruben** aus Hamburg. 2. Geschäftsliches.
In Anbetracht des interessanten Vortrages erwartet zahlreiche Besuch
Der Vorstand.
Gäste willkommen!

Verband der Schneider und Schneiderinnen
u. verw. Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)
Achtung! Herren-Maßschneider! Achtung!
Donnerstag, 15. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Öffentl. Maßschneider-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Situation in der Herrenmaßbranche. 2. Diskussion.
Referent: Kollege **Kunze.**
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
162/13
Der Einberufer.

Konsumverein Charlottenburg.
Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinen-Str. 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht (Beratung des Geschäftsführers). 2. Bäderangelegenheit. 3. Erwahlungen zum Ausschussrat. 106/4
Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht
Der Aufsichtsrat. Ernst Oehrke, Adolf Schönborn, stellv. Vorsitzend.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal III):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Vorstandsmittglieder und des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Berlin, aus dem Antrage der Versicherten. 2. Wahl des 1. Vorsitzenden. 3. Verschiedenes. 53/3
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Wir empfehlen März-Literatur:
Die deutsche Revolution.
Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49.
Von W. Blos.
Mit vielen Porträts und historischen Bildern.
In Prachtband gebunden.
Früherer Ladenpreis M. 5,70, jetzt M. 5,—.
Geschichte der französischen Revolution
von 1848 und der zweiten Republik.
Vollständig dargestellt von L. Heretier.
Mit vielen Porträts und historischen Bildern.
In Prachtband gebunden.
Früherer Ladenpreis M. 6,50, jetzt M. 5,—.

Die Klassenkämpfe in Frankreich
1848—1850.
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels.
Preis M. 1,—.
In dieser meisterhaften Studie wendet der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum erstenmal diese Methode an zur Aufhellung der kriegenden sozialen Momente der 48er Revolutionsperiode. Die Engels'sche Einleitung gibt mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart eine Geschichte der Entwicklung der revolutionären proletarischen Politik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und zum Umsturz.
Revolution und Konter-Revolution
in Deutschland.
Von Karl Marx. — Deutsch von Karl Kautsky.
Preis M. 2,—.
Das Buch ist eine ausgezeichnete Uebersicht über den allgemeinen Gang der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf
(nicht Schloß) direkt an Chaussee und Platene, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken u. Dampferpartien und Ausflügen per Bahn, Radtouren usw. anregend empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Vingsfeierfesten zu Vereinszwecken zur Verfügung.
Friedr. Saewert, Amt Erkner No. 49.
32/2

Der sozialdemokratische Zentralwahlverein von Zeltow-Beerskow-Storkow-Charlottenburg

Hielt am Sonntag in Adlershof im Restaurant Raul seine Generalversammlung ab. Vertreten waren 88 Orte durch 91 Delegierte...

Vor Beginn der Verhandlungen hielt Genosse Zubeil eine kurze Ansprache, in der er auf die vielerlei Verfolgungen hinwies...

Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre

Sprach zunächst Genosse Eberhardt. Er berichtete, daß im letzten Halbjahre zwei Agitationstouren im Kreise unternommen wurden...

glieder ohne weiteres auszuschließen, sondern nur den Ausschluß beantragen können. Schließlich bemerkte der Redner, er müsse ausdrücklich gegen das Verhalten des Genossen Görke...

Genosse Hirsch teilte unter anderem mit, daß die Lokale, von denen aus die Flugblattverbreitung stattfindet, in Zukunft im „Vorwärts“ nicht mehr bekannt gegeben werden...

Von der Preßkommission

machte Genosse Vogheimer verschiedene Mitteilungen, die wesentlich geschäftlicher Natur waren. Er erwähnte unter anderem, daß die Genossen Bloch und Wermuth in die Redaktion des „Vorwärts“ eingetreten sind.

In der Diskussion über diesen Bericht wurde hauptsächlich über Kürzungen der Berichte aus den Vororten geklagt, besonders von den Delegierten aus Mariendorf, Nowawes-Reuendorf, Dremwiz, Trebbin und Nieder-Schöneweide.

Im Anschluß daran gaben die Genossen Zubeil und Eisner Anregungen, die Schriftführer der Wahlvereine durch Zirkulare oder in anderer Weise auf die wichtigsten Grundzüge für die Berichtserstattung aufmerksam zu machen.

Sodann wurde über das Kreisstatut und ferner über den Organisationsplan für Zeltow-Beerskow-Charlottenburg beraten. Genosse Wollermann gab einleitend eine Uebersicht über die Geschichte der Organisation im Wahlkreise...

Das Normalstatut wurde mit einigen redaktionellen Änderungen einstimmig angenommen. Ein Antrag Charlottenburgs, im § 6 die Worte „nach Möglichkeit“ zu streichen, wurde abgelehnt...

Paragrafen. Die Diskussion über den Organisationsplan führte zu einigen Änderungen und Ergänzungen des Entwurfes. Im § 3 wurde statt der Bestimmung, daß der Vorstand die Bezirksführer zu ernennen hat, eingefügt, daß die Genossen der Bezirke...

Die Wahlen der Delegierten zu den Verbänden Generalversammlungen von Groß-Berlin sind von den örtlichen Wahlvereinen vorzunehmen. Die prozentuale Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Orte erfolgt durch den Zentralvorstand...

Im übrigen wurden nur geringe Änderungen des Organisationsplanes beschlossen. Einige Anträge zum Gesamtstatut des Verbandes: 1. daß in den Mitgliedsbüchern eine Rubrik „Eingetretene am...“ übergeben am...“ enthalten sein soll...

Durch den neuen Organisationsplan wurde die Zahl der Mitglieder des Zentralvorstandes von fünf auf sieben erhöht, so daß statt eines Vorsitzers drei Vorsitzende vorhanden sein sollen.

Hierauf kam eine von den Genossen aus Nizdorf eingebrachte Resolution über das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der „Vorussia“-Interpellation zur Verhandlung. Die Genossen Grünwald und Zubeil wiesen auf die besonderen Umstände hin...

Die Generalversammlung bedauert aufs lebhafteste die schwache Befetzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anlässlich der „Vorussia“-Interpellation, durch die eine sofortige Besprechung der Interpellation unmöglich wurde.

Ein Antrag Charlottenburgs über die Vorortbeilage des „Vorwärts“, ebenso ein Antrag des Genossen Vogheimer über Abgrenzung der Rechte zwischen Berlin und den einzelnen Kreisen, und ein Antrag Nizdorf über den „Whisharmonie“-Vorkauf wurden der vorgeschrittenen Zeit wegen verlagert.

Zum Schluß der Generalversammlung erstreckte der Arbeiter-Gesangverein „Frohmann II“ die Delegierten durch Vortrag von Freiheitsliedern, wie er in derselben feierlichen Weise die Versammlung eingeleitet hatte.

Als März-Zeitung ist soeben erschienen:

Heinrich Heine zum Gedächtnis.

In Wort und Bild dem Freiheitskämpfer und Satiriker gewidmet.

16 Seiten stark.

Reich illustriert.

Preis 20 Pfennige.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung.

Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholfreies, diätetisches Spezialbier. Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Überall käuflich.

Bordes Vereins-Säle

Neue König-Strasse 7.

Räderverbindungen nach allen Systemen. — empfehle meine Säle für Versammlungen, Gewerkschafts-Sammlungen und für Vereinsfeiern. Solange Bedienung. Adolf Bordes.

Selowskys Zenith-Zigaretten * Bolero-Zigaretten

Garantiert feinste Handarbeit!

Von jedem wirklichen Kenner bevorzugt!

Sportshaus in Ziegenhals bei Zenthen

(Vorort- und Stadtbahn-Vorkahr) am Crossin-See, mit 2 großen Sälen u. herrlichem Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielfläche in herrlichem Hochwald...

M. Mörschel, Königs-Wusterhausen 75.

Rheumatismus

Gicht-, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, etc. bewirkt durch ungeschicklichen Gebrauch von Reichel's „Electricum“.

Bruch - Pollmann

empfehle mein Lager in Bruchhandlungen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.

30. Finien-Strasse 30.

Bettfedern u. Betten

Bettfedern, das Pfd. v. 0.50 bis 6.— M. Daunens. 2.50 10.— Betten, der Stab 12.— 120.— Steppdecken (Seidenfata von 6.— M. an.) Inlette, Bettwäsche, Schlafrocken. Eigene Polsterwerkstatt.

H. Schonert, Oranienstraße 12 (Ecke Heinrichs-Platz). Gleditschstraße 49 (am Winterfeldt-Platz). Bettfedern-Dampfreinigung.

Metallbettstellen . . . von 5.— M. an Räderbettstellen . . . 7.50 „ „ Polsterbetten . . . 6.75 „ „ Polstermatrassen . . . 3.75 „ „ Kinderwagen (nur Heinrichsplatz). Eigene Steppdeckennäherol.

In unserem Verlage erschien:

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur

von Curt Grottewitz, mit einem Wort von W. H. Blosche

Wilhelm Blosche schreibt in seinem Vorwort:

Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schlichte Naturbeschreibungen gibt, mit so scheinbar allerwichtigsten Mitteln, wie in diesem Buchlein.

Der „Volksfreund“ in Karlsruhe schreibt:

„Eine hübsche Gabe, ein liebenswürdiges Buch, ein lehrreiches Werkchen. Das ganze Jahr in seinen zwölf Monaten, wie es draußen ist vor dem Steinwollen der Großstadt, das schilbert mit feinem Beobachtungs, dichterischer Gestaltungs-kraft, aber auch mit dem Wissen des Naturforschers der vor einigen Monaten so jäh und Leben getommene Naturwissenschaftler in diesem kleinen Buche. — Ich kann das Werkchen jedem, der seine Sonntagsfreizeit nicht in rauchgeschwängerten Bierlokalen, oder wenigstens nicht dort allein aufkosten will, aufs allerwärmste empfehlen. Auf diesem Gebiete gilt nicht nur das lebendige Wort, daß Wissen Macht ist, sondern Wissen ist hier auch Freude und Genuß.“

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: Nordhäuser Kautabak

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wohnungseinrichtungen... Gardinenhaus... Bettstellen... Grammophonplatten... Teppiche... Kinderwagen... Motorräder... Möbelverkauf... Herren-Garderobe... Milchgeschäfts-Einrichtungen... Kleiderfabrik... Kleidermaschinen... Kleidermaschinen... Kleidermaschinen...

Zur Einsegnung Anzüge aus fein geripptem schwarzen Kammgarn... M. Schulmeister Schneidermeister, Dresdener-Straße 4, am Kottbuser Tor.

Hygienische Damen-Hüte... Spree-Blume-Zigaretten.

Die Geburt eines kräftigen Mädchens... Georg Appel und Frau Olga, geborene Hohl.

Rudolf Gardy im 57. Lebensjahre am Dienstag, den 6. März, plötzlich und unerwartet infolge eines Heranfallens verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband... Rudolf Gardy am 6. d. Mts. infolge eines Unfalles verstorben ist.

Dr. Schünemann Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter Berlin I (Brauerei). Todes-Anzeige. Am 11. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied Georg Voelcker.

Dankjagung. Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Sängern und den Kollegen vom Bau Heibelbergstraße meinen herzlichsten Dank.

Dr. Simmel, Prinsenz-Str. 41, Spezialarzt für 29/14 Haut- und Harnleiden.

Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 60. Dienstag, den 13. März 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Der Wahlabend für Berlin und Vororte findet am Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Vorhagen und Wittenau. Mittwoch, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet in Vorhagen im Lokale von Kerker, Schubarstr. 23, eine öffentliche Gemeindevählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Gemeindevorteiler. 2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten. Es ist Pflicht aller Gemeindevähler, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102, eine große öffentliche Versammlung statt, zu der die Gemeindevähler aller Parteien eingeladen sind. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Südekum über: „Was wollen die Sozialdemokraten in der Gemeindevorteilerung.“ Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sozialdemokr. Wahlverein Groß-Lichterfelde-Pankow. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Reifen, Chausseestr. 104: Vereinsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Raifeier. Zahlreiches Erscheinen erwünscht der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden heute in Mariendorf, Ackerstraße 2-4 parterre, vormittags von 11 1/2 bis 6 Uhr abends, in Mühlenbeck nachmittags 2 Uhr und in Vohhagen-Rummelsburg nachmittags von 4 bis 8 Uhr statt.

Mariendorf. Den Parteigenossen und Einwohnern Mariendorfs nochmals zur Kenntnis, daß die in Mariendorf Wohnenden nicht, wie früher, in Süden wählen können. Mariendorf wählt heute, am 13. März, und Süden, welches durch die Dresdener Bahn von Mariendorf getrennt ist, morgen den 14. März. Versäume niemand, sein Wahlrecht auszuüben! Das Beispiel anderer Gemeinden hat gezeigt, daß die Gegner keine Mittel haben, wenn es gegen die Sozialdemokratie geht. Der Versuch der Gegner, die Wahl des Genossen Reichardt zu vereiteln, muß zunichte gemacht werden, deshalb trete jeder an die Wahlurne. Agitiere jeder bis zur letzten Stunde, dann wird der Sieg unser sein.

Vohhagen-Rummelsburg. Parteigenossen! Die Entscheidungsstunde naht. Heute von 4 bis 8 Uhr finden die Wahlen zur Gemeindevorteilerung statt. Als Kandidaten fungieren folgende Genossen: Für den Bezirk I Vohhagen Lagerhalter Fritz Berger, Wahllokal: Schönborn, Alt-Vohhagen 49; für den Bezirk II Rummelsburg Gastwirt Gustav Tempel, Wahllokal: Weigel, Lärchenstraße 45 und für den Bezirk III Rendant Theodor Ritter, Wahllokal: Carlin, Hauptstr. 82.

Parteigenossen! Unsere Gegner haben es bisher vermieden mit ihrer Agitation vor die Öffentlichkeit zu treten, umso intensiver arbeiten dieselben im stillen. Fast täglich werden Versprechungen und Zusammenkünfte abgehalten. Ganz besondere Anstrengungen werden in dem neuen Stadtteil Vohhagen gemacht, wo zum erstenmal gewählt wird. Es soll verhindert werden, daß auch dieser Bezirk von einem Sozialdemokraten vertreten wird.

Parteigenossen! Sorgt dafür, daß die Hoffnung der Gegner zerschanden werde. Versäume niemand, so zeitig wie möglich zur Wahl zu gehen. Mittle ein jeder die Stämmigen und Lässigen auf, bringe jeder die Legitimation mit; Steuerquittung genügt. Diejenigen, welche an der Wahlarbeit teilnehmen wollen, werden erlucht, sich nachmittags 3 Uhr in folgenden Wahlbüros zu melden: Bezirk Vohhagen bei Kurt Pflug, Alt-Vohhagen Nr. 50; Bezirk II und III: Rummelsburg, bei Trach, Prinz-Albertstr. 5a.

Die Verkündigung des Wahlergebnisses findet abends 9 Uhr bei Gorgas, Neue Prinz-Albertstr. 84 statt.

Parteigenossen! Auf zur Wahl! Keiner darf fehlen!

Das Wahlkomitee.

Die Gemeindevahlen für Neuenhagen (Ostbahn) sind anberaumt worden auf Freitag, den 16. März, nachmittags von 1-4 Uhr. Zu wählen sind in der dritten Abteilung zwei Richterangehörige. Trotz eines von über einem Viertel der Wähler unterschriebenen Antrages, die Wahlzeit für die dritte Abteilung bis abends 8 Uhr auszudehnen, erfolgte die Aufhebung von 1-4 Uhr. Angesichts dieser ganz offensichtlich gegen die Arbeiterschaft gerichteten Maßnahme gilt es, mit doppeltem Eifer tätig zu sein. Durch die Wahl unserer beiden Kandidaten Köpfer Otto Wartig und Sattler Julius Dallmann muß die Herrschaft der ateiengeseffenen Grundbesitzer endlich gebrochen werden. An die Berliner Genossen richten wir die Aufforderung, überall dort, wo sie auf Bauten, Fabriken etc., mit Neuenhagen zusammenarbeiten, dieselben auf die Gemeindevahlen aufmerksam zu machen und an ihre Pflicht zu erinnern.

Zu den Wahlen in Pankow haben nun die vereinigten bürgerlichen Parteien in einer Versammlung Stellung genommen unter Ausschluß der Sozialdemokraten. Ein Herr Gause schwang eine große Rede gegen die Sozialdemokratie, welche in die Worte auslief, daß die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie aus der Gemeindevorteilerung verdrängen müßten, um freie unabhängige Männer, welche sich auch mal trauen, ein Wort zu sagen, zu wählen. Zuerst schlug sich Herr Gause als Kandidaten selbst vor, dann einen früheren Restaurateur Dirte, den ehrsamem Schiedemeister Hoft und den königl. Eisenbahn-Materialienverwalter Heintze. Letzterer ist der „Ritter Georg“, der den Umsturzdrachen mit der speziellen Erlaubnis des Herrn Eisenbahnministers töten wird. Als nämlich einige Mittelhandredner schlichtern fragten, ob denn Herr Heintze in seiner Stellung Zeit hätte und der „Königliche Dienst“ es erlaubt, erbittet sich die „festeste Säule der Monarchie“, Herr Reichsverbandsagitor Walzer, königlicher Rechnungsrat das Wort, um auszuführen, daß „er“ die Erlaubnis selbst vom Minister erbitten werde. Er werde dafür sorgen, daß 700 Eisenbahnbeamte ihr Wahlrecht ausüben müssen. Es löme ja seinem Zweifel unterliegen, daß mit dieser Hülfe die sozialdemokratischen Kandidaten durchfallen. Wenn nun auch die Genossen wissen, was sie von solchen Redereien zu halten haben, so sieht doch sehr, daß es sich diesmal um eine reinliche Scheidung handelt. Die bürgerlichen Parteien werden

alles aufbieten, um den Sieg an sich zu reißen. Die Arbeiterschaft hat daher alles aufzubieten, um für unsere Kandidaten einzutreten.

Die Wahl findet am Donnerstag, den 15. d. M., statt und zwar von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 8 Uhr. Gewählt wird in zwei Bezirken. Der erste Bezirk wählt bei Ebersbach „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102 und der zweite Bezirk bei Koczndi, Kreuzstr. 6.

Am Dienstagabend findet im „Kurfürsten“ (Ebersbach) eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Südekum referieren wird und die Kandidaten für die einzelnen Bezirke nominiert werden.

Zeuthen. Zum ersten Male beteiligen sich die Arbeiter Zeuthens an der Gemeindevorteilerung durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Da in Zeuthen ein Lokal nicht zur Verfügung steht, wurde am 8. März in Hankels Wäloge bei Herrn W. Heinrich eine Wählerversammlung abgehalten, in welcher Genosse Eugen Beckner in trefflichen Worten „Unsere Aufgaben in der Gemeindevorteilerung“ erläuterte. Nachdem der Vorsitzende noch einige Lokalverhältnisse zur Sprache gebracht hatte, ging man zur Aufstellung eines Kandidaten über. Als solcher wurde einstimmig der Genosse Fickler Paul Feiertag nominiert. Es wurde noch der Wunsch geäußert, dafür Sorge zu tragen, daß Arbeitskollegen von Zeuthener Genossen dieselben veranlassen mögen, ihrer Wahlpflicht zu genügen. Alsdann folgte Saksch der wohl infolge des Unwetters nur schwach besuchten Versammlung. Zu der Versammlung hatten sich auch einige Herren der bürgerlichen Parteien, sowie der Kandidat des Grundbesitzervereins eingefunden.

Weißensee. Der Kuhhandel der Bürgerlichen in Weißensee ist abgeklungen. Der Hausbesitzer- und Grundbesitzerverein, sowie der Verein der Gewerbetreibenden haben ihre Kandidaten nominiert und marschieren geschlossen gegen die Sozialdemokratie. Die Gewerbetreibenden haben wiederum schlecht abgeköpft; ihr Kandidat ist in der ersten Wahlabteilung aufgestellt, sie sehen in ihrer Blindheit gar nicht, daß derselbe die Rolle eines Durchfallskandidaten spielen muß, denn hier wählen die Länderebesitzer, Fabrikherren, Brauereibesitzer und sonst noch einige Größen, welche gerade dem aufgestellten Gewerbetreibenden aus verschiedenen Gründen nicht genehm sind. — Der schon vorgenannte Herr Professor Dr. Kemsies giebt sich die allererdenklichste Mühe, die dritte Wählerabteilung der Sozialdemokratie zu entreißen. Wie er im Grundbesitzerverein mitteilt, hat er die Unterstützung der Mitglieder des Kriegervereins, des Vereins der Waffengefährten, des Lehrervereins, des Windthorst-Bundes, sowie der Angestellten der Straßenbahn zur Vermeidung der Sozialdemokratie gewonnen. Um auch noch kräftig in die Agitation einzusetzen, wird vom Grundbesitzerverein eine Summe von 50 — fünfzig — Mark bewilligt. Mit diesen paar Silberlingen will man also Wähler überreden, die längst begriffen haben, von welcher Seite ihre Interessen am schlechtesten gewahrt werden. Zu bedauern sind eigentlich diejenigen, die sich hier noch als Kandidaten aufstellen ließen, denn ihnen winkt ein trauriger Ruhm. Seit 10 Jahren ist die dritte Wählerabteilung im Besitz der Sozialdemokratie und die Wahl am 23. März wird zeigen, daß die Arbeiterschaft ihren Besitz erhalten wird.

Die politischen Organisationen in den Vororten steigern ständig ihre Mitgliederzahl. In Wilmersdorf brachte der erte Sonntag dem Wahlverein einen Zuwachs von 40 Mitgliedern. In Zossen wurden in der letzten Versammlung 12 Personen in den sozialdemokratischen Verein aufgenommen. In Nidder-Schöneweide hat sich seit kurzem die Mitgliederzahl verdoppelt, in der letzten Versammlung erfolgten allein 11 Neuaufnahmen. In Mariendorf wurden 9 Mitglieder aufgenommen. In Steglitz lagen der letzten Wahlvereinsversammlung 49 Aufnahmegefuche vor. 32 Genossen wurden aufgenommen, 17 Besuchen wegen Abwesenheit der Betroffenen zurückgestellt. Die Unkenntnis der regelmäßigen Versammlungstage ist jedenfalls die Ursache des Nichterscheinens. Deshalb sei hier bemerkt, daß die ordentlichen Wahlvereinsversammlungen stets am ersten Mittwoch jeden Monats im „Cambrinus“, Hornstraße 15a, stattfinden.

Eine Kuffchen erregende Tat der Polizei wird soeben unter der Arbeiterschaft Zehlendorfs bekannt. Hier wohnte mit Frau und einem 9-10 Jahre alten Töchterchen Friedrichstraße 1 der Bauarbeiter August Erbgut, geboren am 3. Dezember 1868. Er war bis Anfang Februar dieses Jahres in Steglitz auf Bauten beschäftigt, verlor aber dann seine Arbeitsstelle. Am 7. Februar verließ er seine Wohnung mit der Absicht, nach Steglitz zu gehen und dort sich nach neuer Arbeitsgelegenheit umzusehen. Von diesem Gange ist er nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. In schwerer Sorge und Angst ist seine Frau in den darauf folgenden Tagen zweimal bei dem Amtsvorsteher in Zehlendorf, einmal auf der Polizei in Steglitz gewesen, hat an beiden Stellen das Verschwinden ihres Mannes sowie sein Signalement mitgeteilt und um Auskunft nach seinem Verbleibe gefragt. Alle drei Male konnte ihr nicht die geringste Mitteilung gemacht werden. Endlich einen vollen Monat danach, am letzten Donnerstag, den 8. März, erschien ein Amtsdienner von Zehlendorf bei der Frau mit der kurzen Mitteilung, ihr Mann sei im Grunewald tot gefunden worden; sie solle sich seine Papiere auf dem Amtsbureau der Oberförsterei Grunewald abholen. Die Frau stürzt nach dem Amte am Grunewald, etwa 1/2 Stunde weit, und dort eröffnet ihr der amwesende Beamte, nachdem er sich zuerst noch einer Verwechslung schuldig und der Frau Erbgut Mitteilung von einem unter ganz anderen Umständen aufgefundenen, ihr ganz fremden Manne gemacht hat, mit diesen Worten folgendes: „Ihr Mann, der wie gesagt, am 7. Februar Zehlendorf verlassen hatte, sei am 18. Februar, an einem Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Grunewald in sitzender Stellung tot aufgefunden worden. Spuren, daß er sich selber oder jemand anders ihm ein

Leids getan, seien nicht zu konstatieren gewesen. Vielmehr habe der Arzt als Todesursache Herzschlag konstatiert. Ihr Mann sei am 22. Februar, und zwar auf dem Friedhof der Kolonie Grunewald, so wie er aufgefunden worden, beerdigt worden. Hiermit händige er ihre Papiere aus. Eine Rechnung über 60 Mark Beerdigungskosten werde sie noch zugeschickt erhalten.

Auf die sofortigen Klagen der armen Frau, warum man sie nicht sofort nach der Auffindung der Leiche benachrichtigt habe, hat der Beamte des weiteren erwidert, daß der Gutsvorstand der Oberförsterei noch am Tage der Auffindung an den Amtsvorsteher von Zehlendorf telephoniert, aber keinen Bescheid erhalten habe. Daraufhin habe man dann den Toten am vierten Tage nach der Auffindung beerdigt.

Dies der Tatbestand nach den persönlichen Mitteilungen der Witwe Erbgut, die mehrmals ermahnt wurde, nur die Wahrheit zu sagen. Ist er richtig (und es liegt nicht der geringste Grund vor daran zu zweifeln), so muß jeden anständigen Menschen die aller tiefste Empörung über diese neue unerhörte Leistung preußischer Polizeiorane erfassen. Es gibt kein Wort, um sie scharf genug zu brandmarken, und schlechterdings keinen Grund, um sie auch nur von ferne zu entschuldigen. Denn alle Versuche dazu, alle Ausreden verschieben in nichts vor der einen Tatsache, daß die Frau des Toten der zuständigen Polizei in Zehlendorf von seinem plötzlichen Verschwinden mehrmals genaueste und erregte Mitteilung gemacht hat, die Zehlendorfer (und übrigens auch die Steglitzer) Polizei also durchaus orientiert war, und angesichts der noch viel belastenderen Tatsache, daß der Verstorbene alle seine zur Legitimation nötigen Papiere mit seiner genauen Adresse bei sich geführt hat. Diese Papiere, die dem Schreiber dieser Zeilen vorlagen, waren: Leihungsvertrag Nr. 10 der Invalideversicherung, Mitgliedskarte Nr. 123 581 der Ortskrankenkasse Schöneberg, Mitgliedskarte Nr. 22 911 der Ortskrankenkasse Steglitz sowie das Verbandsbuch, das die Zugehörigkeit des Toten zum Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter ausweist.

Die Frage nach dem Schuldigen in dieser Sache läßt sich natürlich noch nicht sofort feststellen. Nach den Mitteilungen, die Frau Erbgut auf dem Amtsbureau der Oberförsterei Grunewald erhalten, trägt, wenn die telephonische Nachricht an das Amt gelangt die Hauptschuld das Zehlendorfer Polizeiamt, dessen Vorsteher der bereits rühmlichst bekannte Hauptmann a. D. Milinowski ist. Obwohl es vom Grunewald her Benachrichtigung empfangt, giebt es diese Benachrichtigung weder an die Witwe weiter, noch auch irgend eine Äußerung an das Amt Grunewald zurück — ein Verfahren, das einfach Kopfschütteln erregen muß. Aber auch das Amt der Oberförsterei Grunewald ist in diesem Falle mitschuldig; erhielt es am 18. Februar keine Mitteilung vom Amte Zehlendorf, so hatte es am folgenden Tage seine Bemühungen um Herbeischaffung der Angehörigen des Toten zu wiederholen, und gegebenenfalls zu verdoppeln und zu verdreifachen. Statt dessen hat man es offenbar (immer nach Angabe des Beamten) bei der einmaligen telephonischen Nachricht gelassen. Und erst 10 Tage, sage und schreibe: neunzehn Tage nach der Auffindung bequemt man sich dazu, dem jammerrunden, Tag und Nacht angstvoll wartenden Weibe und Kinde des seit neunzehn Tagen genau bekannten Toten die Nachricht des Todes zu überbringen. Freilich war es ja auch nur ein armer, schlecht gekleideter, weil im Arbeitsanzuge befindlicher Arbeiter, um den es sich ja handelte.

Was wird dagegen geschehen? Die Witwe wird sich in erregten Worten über das unerhörte Verfahren beschweren, aber keine Beschwerde wird ihr auch nur eine Sekunde Schmerz aus diesen furchtbaren Wochen des ungewissen Harrens tilgen. Schließlich wird sie noch 60 Mark an die hohe Behörde zahlen müssen dafür, daß diese die Gnade hatte, den Totaufgefundenen, aber sofort legitimierten einsam, ohne sie und sein Kind sang- und klanglos zu verscharren.

Charlottenburg.

Ein Familiedrama, das sich schon Ende voriger Woche zugetragen hat, wird aus Charlottenburg, Anobeldorffstraße 48, gemeldet. Dort wurden die 26 jährige Gärtnerfrau Margarete Schneider und ihr 1 1/2 Jahre altes Töchterchen Leonie tot und der fast fünfjährige Sohn Josef durch Gift schwer verletzt aufgefunden. Die Gärtnerfamilie war erst am 1. März dorthin gezogen und bewohnte dort einen Laden. Seit Donnerstag war niemand von der Familie gesehen worden. Man öffnete gewaltsam die Tür und entdeckte die schwere Tat. Auf dem Tische fand man einen Brief, worin die Frau von ihrem Manne Abschied nimmt und ihn bittet, er möge ihr die Verzweiflungstat, die sie aus Nahrungssorgen unternahme, verzeihen und ihr bald folgen. Die Gärtnerfamilie ist im vorigen Jahre aus Wiesbaden in Charlottenburg zugezogen und hatte seit 1. Oktober v. J. bei der Schöneberger Baugesellschaft-Aktiengesellschaft die Portierstelle im Goethe-Park in Charlottenburg inne, die ihr aber zum 1. März gekündigt worden war. Der noch lebende Sohn wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Er hatte seit Donnerstag keine Nahrung zu sich genommen.

Der Gärtner Schneider befindet sich seit einigen Tagen wegen Diebstahls und Unterschlagungen in Untersuchungshaft.

Rixdorf.

Die Stadtverordneten waren zu Mittwoch und Donnerstag zu außerordentlichen Sitzungen zusammenberufen, um den Stadthaushalt-Voranschlag und den Steuerplan für 1906 festzusetzen. Vorberichtigte der Stadtverordnetenvorsteher mit, daß der Stadthausmeister (Soz.) aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt habe.

